

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

Dienstag, 16. Dezember 1952

Blatt 2010

Weihnachtsbäume warten auf Käufer

=====

16. Dezember (RK) Die Belieferung Wiens mit Weihnachtsbäumen begann heuer bereits Anfang Dezember. Bis zum 13. Dezember wurden nach einem Bericht des Marktamtes die 404 Wiener Verkaufsstände mit 47.418 Tannen und 71.945 Fichten beliefert. 90 Prozent der Weihnachtsbäume, die die Wiener Kinder erfreuen werden, kommen aus dem Waldviertel, dem Schneeberggebiet, ein kleinerer Teil auch aus Oberösterreich und aus der Steiermark. Die Qualität der zum Verkauf vorbereiteten Bäume kann im Durchschnitt als gut bezeichnet werden.

Mit Rücksicht darauf, daß die Nachfrage nach Weihnachtsbäumen bis jetzt schleppend war, ergibt sich derzeit noch keine sichere Preisübersicht. Die Haltung der Käufer ist zuwartend. Eine gewisse Zurückhaltung wurde bis jetzt auch bei den Produzenten beobachtet, die in den letzten zwei Jahren die Kauflust der Wiener stark überschätzt hatten. Die Preise sind im hohen Maße von der Qualität der Bäume abhängig und betragen in den dichtesten Spannen bei Tannen bis zu 1 Meter 10-20 Schilling, von 1 bis 2 Meter 20-40 Schilling, von 2 bis 3 Meter 30-60 Schilling und über 3 Meter 50-80 Schilling. Für Fichten bis zu 1 Meter werden 5-15 Schilling, von 1 bis 2 Meter 10-20 Schilling, von 2 bis 3 Meter 20-30 Schilling und über 3 Meter 30-40 Schilling verlangt. Blau- und Silbertannen wurden bisher je nach Größe zu Preisen von 20-150 Schilling verkauft. Sämtliche Preise verstehen sich ohne Kreuze, die je nach Größe 1,50 bis 8 Schilling kosten.

Vielfach äußert man Bedenken, ob im Hinblick auf die

16. Dezember 1952 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2011

verlangten Preise diesmal die sonst üblichen 200.000 Weihnachtsbäume in Wien abgesetzt werden können. Die Beantwortung dieser Frage liegt bei den Käufern. Erfahrungsgemäß dürfte auch heuer der Großteil der Bäume erst knapp vor Weihnachten, meist aber erst am letzten Tag verkauft werden.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge
=====

16. Dezember (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 21. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Emmersdorf" gebracht wurden, am Donnerstag, dem 18. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 11,30 Uhr vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Der Voranschlag der Stadt Wien 1953
=====

16. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurden heute früh die Beratungen im Wiener Gemeinderat wieder aufgenommen.

Voranschlag rechtzeitig eingebracht

Stadtrat Resch referierte über den Voranschlag der Bundes-
hauptstadt Wien für das Jahr 1953. Er stellte eingangs fest, daß der Voranschlag rechtzeitig sechs Wochen vor Beginn des neuen Verwaltungsjahres dem Stadtsenat und dem Finanzausschuß vorlag. Der Voranschlag ist, fuhr der Referent fort, ein Spiegelbild der Absichten und Erwartungen für das kommende Wirtschaftsjahr. Der Voranschlag 1953 läßt aber zum ersten Mal auch bei einem Vergleich mit seinem Vorgängern erkennen, wie weit der Wiederaufbau unserer Wirtschaft vorgeschritten ist. Bisher konnten statt einer zielbewußten Planung meist nur Maßnahmen getroffen werden, die den Bedürfnissen des Tages entsprachen. Lange Zeit ließ es sich nicht vermeiden, daß die Preise und Löhne ständig stark stiegen. So waren auch Einnahmen und Ausgaben der Stadt Wien in jedem Jahr höher als im vorangegangenen, ohne daß die erhöhten Beträge Ausdruck einer im gleichen Verhältnis höheren Leistung gewesen wären.

Seit einem Jahr sind Preise und Löhne und damit die Kaufkraft des Geldes im allgemeinen beständig geblieben. So kann daher zum ersten Mal seit Kriegsende dieser Voranschlag mit dem des Jahres 1952 verglichen werden.

Tendenz zur Preisstabilisierung

Stadtrat Resch nannte dann einige Daten über die wirtschaftliche Entwicklung des nunmehr ablaufenden Jahres. Die Lebenshaltungskosten sind nach dem Bericht des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung von Jänner bis Oktober 1952 um zwei Prozent gesunken, während die Arbeiter-Nettoverdienste in der gleichen Zeit um 2,9 Prozent gehoben wurden. Die Differenz zwischen Lebenshaltungskosten und Arbeiter-Nettoverdiensten hat sich bis Oktober 1952 weiter verringert, so daß der Lebensstandard 1938 bald erreicht sein wird; dies kann allerdings noch kein Endziel sein, weil die Lebenshaltung damals wegen der großen Arbeitslosigkeit sehr tief war.

Auch der Baukostenindex ist in der Zeit von Jänner bis Oktober um 1,8 Prozent gefallen. Diese Vergleichsziffern zeigen, daß die Tendenz zur Stabilisierung der Preise und der Festigung der Währung Fortschritte macht. Sie zeigen aber auch, daß nur stabile Preise und eine stabile Währung die Grundlage für eine echte Besserung der ^{die} Lebenshaltung bilden. Der Referent sagte, er sei überzeugt, daß Preise in Österreich noch nicht am Ende ihrer Anpassungsfähigkeit an die Weltmarktpreise angelangt sind. Bei der Aufwärtsentwicklung der Weltmarktpreise als Folge der Koreakrise haben die österreichischen Preise den Weltmarkt in vielen Artikeln noch überholt. Bei dem seit mehr als einem Jahr erfolgenden Sinken der Weltmarktpreise bemüht sich ein Teil der österreichischen Industrie viel weniger, diese Entwicklung ebenso stürmisch mitzumachen, wie seinerzeit die Aufwärtsentwicklung. Auf den Weltmärkten ist der Preis für Baumwolle gegenüber den Höchstpreisen nach der Koreakrise um 24 Prozent gesunken, für Wolle um 38 Prozent, Kautschuk um 59, Zinn um 33, Zink um 36 und Blei um 26 Prozent. In der gleichen Zeit sind die Schiffsfrachten um 61 Prozent gesunken und haben damit den Bezug dieser Rohstoffe noch weiter verbilligt. Ich glaube, sagte Stadtrat Resch, die österreichische Industrie hat hier noch einiges nachzuholen; je rascher die alten Lager geräumt und die Preise den neuen Grundlagen angepaßt werden, desto rascher wird der Konsum im Inland steigen, sich damit die Beschäftigungslage bessern und die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Industrie auf den Weltmärkten steigen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ständiges Steigen der Sparanlagen

Ein anderer günstiger Faktor für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft ist das ständige Steigen der Sparanlagen. Sie sind allein in Wien um mehr als 400 Millionen auf 1.185 Millionen Schilling gestiegen; ein Beweis dafür, daß das Vertrauen zur österreichischen Währung, das im Ausland in einer immer höheren Bewertung des Schillings ausgedrückt wird, nunmehr auch die österreichische Bevölkerung erfaßt.

Nicht so günstig wie Preise und Währung hat sich heuer der Arbeitsmarkt in Wien entwickelt. Der Mitgliederstand der Wiener Gebietskrankenkasse ist von 513.400 Versicherten im Oktober 1951

auf 496.600 im Oktober 1952, also um 3,2 Prozent gefallen. In der gleichen Zeit ist die Zahl der Stellungssuchenden um 17.864 auf 55.868 gestiegen. Es ist sicher, daß kein Verantwortlicher in diesem Land dieser Entwicklung zusehen kann. Die Stadt Wien ist unentwegt bemüht, einen möglichst großen Teil ihrer Einnahmen für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verwenden. Es ist nachweisbar, daß sie damit den Arbeitsmarkt in Wien überaus günstig beeinflußt. So ist in der Zeit der Bausaison in ganz Österreich einschließlich Wien die Zahl der vorgemerkten Stellungssuchenden um 7,1 Prozent gestiegen. In Wien ist jedoch in der gleichen Zeit die Zahl der Arbeitslosen um 4,5 Prozent zurückgegangen. Hier zeigt sich deutlich, daß nur die Bautätigkeit der Gemeinde eine solche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt unserer Stadt herbeiführt. In der gleichen Zeit, in der in Wien die Zahl der Arbeitslosen gesunken ist, **also in der Hauptbausaison**, ist die Zahl der Stellungssuchenden in Tirol um 57 Prozent, in Kärnten um 39, in der Steiermark um 27 und in Oberösterreich um 25 Prozent gestiegen. In Niederösterreich und im Burgenland ist die Zahl der Arbeitslosen im Sommer gleichfalls gestiegen, doch wesentlich geringer als in den Bundesländern.

Stadtrat Resch betonte, daß man sich noch immer in einer Zeit des wirtschaftlichen Überganges befinde. Der Übergang von einer gebändigten Inflation zu einer stabilen Währung, das erhöhte Vertrauen zum Geldwert und der stärkere Wille zum Sparen, damit das Aufhören des Kaufens um jeden Preis, vermindern zunächst die bisher starke Nachfrage nach Konsumgütern. Dadurch werden Umsatz und die Zahl der Arbeitsplätze verringert. Umso wichtiger ist es gerade in dieser Zeit, daß die Investitionen öffentlicher Körperschaften nicht eingeschränkt, sondern wo möglich so gesteigert werden, daß die von ihnen beschäftigten Wirtschaftszweige einen möglichst großen Teil der in der Konsumgüterindustrie vorübergehend frei gewordenen Arbeitskräfte aufnehmen können. Würden in einer solchen Zeit auch die öffentlichen Körperschaften ihre Investitionen einschränken, so müßte dies neue Arbeitskräfte frei machen, die Kaufkraft weiter schwächen und damit die Arbeitslosigkeit wieder steigern.

Dieser Entwicklung mit aller Kraft entgegenzuwirken, so schloß Stadtrat Resch seine grundsätzlichen Ausführungen, ist nach meiner vollen Überzeugung die entscheidende Aufgabe dieses Voranschlages gewesen, und ich hoffe, daß uns die Lösung dieser Aufgabe, soweit es in unseren Kräften steht, auch gelungen ist. (Stürmischer Beifall bei der SPÖ.)

Keine neuen Steuern - Keine Steuerermäßigungen

Der Referent ging nun auf die Zahlen des Voranschlages ein. Er versicherte zunächst, daß keine neuen Steuern vorgesehen sind und auch keine Erhöhung schon bestehender Steuern. Er könne aber auch nicht ankündigen, daß Steuern aufgelassen würden oder Ermäßigungen und Nachlässe zugestehen. Ohne hohe Steuern sei eben das von ihm vertretene große Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht möglich.

Im ordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen 2.649 Millionen das sind um 92 Millionen mehr als im Jahre 1952; auf der Ausgabenseite sind 2.731 Millionen, um 114 Millionen mehr vorgesehen. Es ergibt sich somit ein Abgang von 82 Millionen Schilling, der um 22 Millionen größer ist als im Voranschlag 1952, in dem der Abgang 60 Millionen ausmachte.

Der außerordentliche Haushalt sieht Einnahmen von 39 Millionen - das sind 7,7 Millionen weniger als 1952 - und Ausgaben von 133 Millionen - das sind 15,3 Millionen mehr als 1952 - vor. Der Abgang im außerordentlichen Haushalt verschlechtert sich also um 23 Millionen. Das Gesamtdefizit steigt daher im Jahre 1953 um 45 Millionen auf insgesamt 176 Millionen Schilling.

Bei den Gesamteinnahmen ist im kommenden Jahr eine Steigerung von 2.603 Millionen auf 2.688 Millionen, also um 85 Millionen oder 3,2 Prozent festzustellen. Hingegen steigen die Gesamtausgaben um 129 Millionen oder 4,7 Prozent von 2.735 Millionen auf 2.864 Millionen.

Wie der Referent betont, wurde diese Gestaltung des Voranschlages bewußt durchgeführt. Die Ausgaben wurden bewußt stärker gesteigert als die Einnahmen, um das Arbeitsbeschaffungsprogramm möglichst groß gestalten zu können. Es zeigt sich hier der sichtbare Erfolg der vorsichtigen Finanzpolitik dieser Stadt in den letzten Jahren, die es möglich gemacht hat, in der Zeit ständig

steigender Einnahmen Rücklagen für schlechtere Zeiten zu machen, die jetzt dafür eingesetzt werden können, die Krise auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Hätten alle übrigen Gebietskörperschaften zur Zeit steigender Einnahmen die gleiche vorsichtige Politik durchgeführt, dann wäre die Übergangskrise zur stabilen Wirtschaft in viel geringerem Maße in Erscheinung getreten, als dies derzeit tatsächlich der Fall ist.

Woher kommen die Einnahmen?

Die eigenen Abgaben der Gemeinde werden im kommenden Jahr 712 Millionen Schilling betragen, sind also um 100 Millionen höher als 1952, was eine Steigerung um 16,4 Prozent bedeutet. Die sonstigen Einnahmen sind mit 852 Millionen - das sind 88 Millionen mehr als 1952 - festgesetzt, was einer Steigerung um 11,5 Prozent entspricht. Eine gegenteilige Entwicklung ist jedoch bei den Einnahmen aus den Ertragsanteilen festzustellen. Diese Einnahmen sind für 1953 mit 873 Millionen präliminiert, das sind 120 Millionen oder 12 Prozent weniger als im Voranschlag für 1952. Unter Berücksichtigung des Nachtragsbudgets 1952, das Wien 87 Millionen zusätzlicher Ertragsanteile brachte, macht der Verlust der Ertragsanteile im kommenden Jahr gegenüber den Eingängen in diesem Jahr 207 Millionen aus; das bedeutet eine Senkung um 19,2 Prozent.

Es sei die Tragik bei der Aufstellung des diesjährigen Budgets gewesen, daß ursprünglich die Ertragsanteile in der für 1952 vorgesehenen Höhe eingesetzt waren, daß sich aber, als das Budget schon fast zur Hälfte durchberaten war, herausgestellt habe, daß die Gemeinde im kommenden Jahr um 207 Millionen weniger erhalten werde. Es galt nun, trotz des Fehlens dieser 207 Millionen ein Budget zu erstellen, ohne das Arbeitsbeschaffungsprogramm wesentlich zu beeinträchtigen. Es war möglich, im kommenden Jahr höhere Einnahmen als heuer anzusetzen, weil die Gemeinde Wien immer vorsichtig budgetierte, sodaß die tatsächlichen Ergebnisse meist die Voranschlagsziffern überschritten haben.

Die eigenen Abgaben der Gemeinde sollen 1953 um 100 Millionen Schilling mehr als in diesem Jahr erbringen, und zwar die Gewerbesteuer Mehreinnahmen von 48 Millionen, die Getränkesteuer von 15 Millionen, die Lohnsummensteuer von 10 Millionen, die Vergütungssteuer gleichfalls von 10 Millionen, die Grundsteuer von 5 Millionen und die Hundeabgabe von 3,6 Millionen. Diese Ansätze setzen allerdings voraus, daß kein Rückgang des Umsatzes der Lohnsummen und der Gewerbeerträge erfolgt.

Die Opposition habe es leicht, zu verlangen, daß die Forderungen des Finanzministers abgelehnt werden sollen. Man müsse hier aber berücksichtigen, daß dann, wenn sich die Länder und Gemeinden mit dem Finanzminister nicht über einen **paktierten** Finanzausgleich einigen können, die Entscheidung ohne vorherige Absprache mit den Ländern und Gemeinden im Parlament fällt. Wie wird aber das Parlament in einem solchen Falle entscheiden? Das Parlament ist ja vor allem für den Bundeshaushalt verantwortlich und wird daher in erster Linie dafür Sorge tragen, daß der Bundeshaushalt **ausgeglichen** ist. Es ist zu überlegen, ob die Abgeordneten dann nicht doch den Haushalt des Bundes wegen seiner Größe und seiner Bedeutung für die Währung und für die Wirtschaft für wichtiger halten werden, sodaß sich Einschränkungen in den Haushalten der Länder und Gemeinden als notwendig erweisen werden. Es war daher nicht möglich, die Vorschläge des Finanzministers einfach abzulehnen, sondern es mußte der Versuch unternommen werden, mit dem Finanzminister einen Ausgleich über die Ertragsanteile herbeizuführen. Obwohl der Finanzminister ursprünglich 350 Millionen mehr an Bundespräzipium verlangte, haben die Länder und Gemeinden nur einer Erhöhung um 175 Millionen zugestimmt.

Da der Bund für die ersten fünf Monate des kommenden Jahres nur ein Budgetprovisorium erstellte, ergab sich die Frage, ob der Finanzausgleich auch nur für fünf Monate oder für das ganze Jahr 1953 erstellt werden solle. Eine solche Regelung hätte für die ersten fünf Monate keine Erhöhung des Bundespräzipiums gebracht, für die restlichen sieben Monate jedoch höhere Raten. Dann hätte die Gefahr bestanden, daß der Finanzminister auch im Jahre 1954 diese erhöhten Monatsraten verlangt.

Mit Stolz könne die Stadt Wien darauf verweisen, daß es ihr trotz der Budgetkrise beim Bund gelungen ist, ein definitives Budget für das kommende Jahr vorzulegen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Mindereinnahmen Wiens aus dem Finanzausgleich werden im kommenden Jahr gegenüber dem Voranschlag 1952 62 Millionen betragen. Hierzu kommt die Erhöhung des Anteils Wiens am Bundespräzipium von 58 Millionen Schilling, womit sich ein Gesamtabgang von 120 Millionen ergibt. Unter Berücksichtigung des Nachtragsbudgets 1952 beträgt der Verlust Wiens - wie bereits erwähnt - 207 Millionen Schilling.

Stadtrat Resch weist darauf hin, daß es in Hinkunft nicht mehr möglich sein werde, die notwendige Sanierung des Bundeshaushaltes auf Kosten der Haushalte der Länder und Gemeinden durchzuführen. So sehr es richtig sei, daß ohne einen gesunden Staat keine gesunde Gemeindeverwaltung möglich ist, sei es auch umgekehrt eine Tatsache, daß ohne gesunde Gemeinden kein gesunder Staat existieren kann. (Beifall.)

Die Aufbringung und Verteilung der gemeinschaftlichen Bundessteuern - Keine Bevorzugung Wiens!

Stadtrat Resch wendet sich hierauf in einer eingehenden Darstellung gegen die Behauptungen, daß Wien bei den Erträgnissen aus den gemeinschaftlichen Abgaben den "Rahm" abschöpfe und daß der "Wasserkopf Wien" von den anderen Ländern und Gemeinden erhalten werden müsse. Aus einer offiziellen Veröffentlichung des Finanzministeriums bringt der Referent dem Gemeinderat folgende Ziffern zur Kenntnis, die ein Bild der tatsächlichen Verhältnisse auf diesem Gebiete bringen:

Im Jahre 1951 sind an gemeinschaftlichen Bundessteuern, und zwar an jenem Teil, der zur Verteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bestimmt ist, 6.198 Millionen aufgebracht worden. Davon hat Wien 2.821 Millionen, das sind genau 45.5 Prozent, und alle übrigen Länder Österreichs 3.377 Millionen oder 54.5 Prozent aufgebracht. Von diesen 6.2 Milliarden erhält der Bund, einschließlich des Bundespräzipiums, 3.445 Millionen oder 55.6 Prozent, und die Länder und Gemeinden erhalten netto 2.753 Millionen oder nur 44.4 Prozent.

Die Bruttoerträge - also ohne Abzug des Bundespräzipiums - haben im Jahre 1951 für alle Länder und Gemeinden Österreichs 3.153 Millionen ausgemacht. Von diesen erhält Wien 1.003,6 Millionen oder 31,8 Prozent; das heißt, Wien hat um 13,7 Prozent weniger bekommen als es gebracht hat. Die übrigen Länder und Gemeinden Österreichs haben von diesem Betrag 2.149 Millionen erhalten, das sind 68,2 Prozent, haben also um 13,7 Prozent mehr bekommen. Wien hat somit von den Ertragsanteilen, die für die Länder und Gemeinden bestimmt sind, 1.425 Millionen aufgebracht und nur 1.003 Millionen erhalten. Wien erhält also im Jahre 1951 um 422 Millionen weniger an Ertragsanteilen, als es tatsächlich aufgebracht hat.

Wien - Nährmutter der anderen Bundesländer

Mit den 421,7 Millionen, die Wien verliert, und den 18,2 Millionen, die Vorarlberg mehr aufbrachte als es zugeteilt bekam, werden somit volle 440 Millionen aus den Minderzuteilungen an Wien und Vorarlberg auf die übrigen Länder aufgeteilt, wobei Niederösterreich mit einer Mehrzuteilung von 180 Millionen am meisten bekommt, während relativ gesehen Burgenland den größten Zuschuß erhält, der bei einer Mehrzuteilung von 50,2 Millionen 125 Prozent ausmacht. Darin zeigt sich unwiderlegbar, wie sich alle Länder Österreichs auf die Steuerkraft Wiens mit der Steuerkraft Vorarlbergs stützen. Es zeigt - und das soll kein Vorwurf an die Länder sein -, daß ein solches industrialisiertes Land wie Wien mit seiner Steuerkraft mithilft, daß die nichtindustrialisierten Bundesländer leben können. Man kann also Wien nicht als Wasserkopf Österreichs, man kann es eher als die Nährmutter der übrigen Bundesländer bezeichnen! (Beifall bei den Sozialisten.)

In der Hoheitsverwaltung: 34.773 Aktive und 13.711 Pensionisten

Bei den Ausgaben wird der Personalaufwand im kommenden Jahr 917 Millionen ausmachen, somit um 10 Millionen oder nur 1,1 Prozent höher sein als im Voranschlag 1952, der laufende Sachaufwand 1.097 Millionen betragen, um 31 Millionen oder 2,9 Prozent mehr, und die Investitionen zeigen wieder die Tendenz dieses Voranschlages, sie werden um volle 88 Millionen mehr ausmachen und auf 850 Millionen, also um 11,6 Prozent, steigen.

Während also der Verwaltungsaufwand nur 1.1 Prozent steigt, steigt der laufende Sachaufwand, der ja auch schon Arbeitsbeschaffung darstellt, um 2.9 Prozent und die Investitionen um 11.6 Prozent.

Der Gesamtpersonalaufwand erfordert 917 Millionen. Diese Steigerung um 10 Millionen hat ihre Ursache nicht bei den Hauptbezügen der aktiv Angestellten, die wegen der Personalverminderung um 8 Millionen sinken, sondern in den Nebenbezügen, vor allem in der Erhöhung der Überstundenzuschläge. Die Ruhegenüsse steigen um 10,2 Millionen auf Grund der Steigerung der Pensionistenzahl, aber auch dadurch, daß seit 1. Jänner 1953 die Altpensionisten mit 100 Prozent an die Neupensionisten angeglichen sind und damit die volle Automatik bei den Ruhegenußempfänger wiederhergestellt ist. (Beifall bei den Sozialisten.)

Der Personalstand hat trotz der Vermehrung bei Altersheimen, des Ausbaues von Ybbs und der Schaffung von neuen Kindergärten - was die Neueinstellung von 140 Angestellten bedingt - eine Verminderung um 743 Angestellte auf 34.773 erfahren. Damit wird der eigentliche Abbau bei den übrigen Verwaltungsgruppen 880 Angestellte ausmachen. Das zeigt die Tendenz der Gemeinde, im Personalaufwand auch im nächsten Jahr zu sparen. Dagegen steigt die Zahl der Pensionisten um 916 auf 13.711.

Darlehen an Wohnbau- und Siedlungsgenossenschaften

Bei der Verwaltungsgruppe Finanzen sinken die Ausgaben um 49 Millionen auf 186 Millionen. Als Reserve für unvorhergesehene Ausgaben wurden unverändert wieder 50 Millionen eingesetzt.

Die Darlehen an Wohnbau- und Siedlungsgenossenschaften wurden um 5 Millionen auf 30 Millionen erhöht. Zusammen mit dem Aufbringen des Bundes und den Eigenmitteln werden für den Wohn- und Siedlungsbau dieser Stadt 100 Millionen zur Verfügung stehen, mit denen mindestens 1200 bis 1300 neue Siedlungs- oder genossenschaftliche Wohnungen gebaut werden können. (Beifall bei den Sozialisten.)

Da in diesem Jahr der Kredit nicht voll ausgenützt wurde, appelliert Stadtrat Resch an die Siedlungs- und Wohnbaugenossenschaften, dafür zu sorgen, daß der genossenschaftliche Wohnbau in Wien im nächsten Jahr stärker betrieben werde.

Künstlerischer Schmuck für die städtischen Neubauten

In der Verwaltungsgruppe für Kulturangelegenheiten steigen die Ausgaben um 2,4 Millionen auf 23,9 Millionen. Für Kriegsschädenbehebung sind in dieser Verwaltungsgruppe noch 240.000 S vorgesehen, 1 Prozent der Wohnbaukosten ist wieder für künstlerische Ausschmückung der Wohnbauten bestimmt und 1 Million ist für Subventionen wissenschaftlicher, künstlerischer oder kultureller Organisationen vorgesehen. Der Mehraufwand ist hauptsächlich für Büchereien und Körpersport vorgesehen.

Ein Drittel der Ausgaben für Wohlfahrt und Gesundheit

Für Wohlfahrts- und Gesundheitswesen sind im ordentlichen Haushalt 796 Millionen, also um 26 Millionen mehr vorgesehen. Außerdem sind hier 14 Millionen für Kriegsschädenbehebung eingesetzt, sodaß der Gesamtaufwand für das Wohlfahrtswesen 810 Millionen, also fast ein Drittel der Gesamtausgaben des Budgets ausmachen wird.

Für Jugendfürsorge sind um 6 Millionen mehr, nämlich 123 Millionen, für Erwachsenenfürsorge um 12 Millionen mehr, also 163 Millionen vorgesehen; für sonstige Fürsorgezwecke 82 Millionen, um 6 Millionen weniger, was vor allem auf die bessere Einbringung der Verpflegskosten zurückzuführen ist.

Der Abgang bei den Spitälern und Anstalten ist überaus groß. Der Gesamtaufwand beträgt 559 Millionen, steigt somit um 28 Millionen. Allerdings werden auch die Einnahmen um 40 Millionen auf 266 Millionen steigen. Der Abgang wird somit im nächsten Jahr um 12 Millionen geringer sein und 293 Millionen ausmachen. Diese Last kann von den Gemeinden nicht dauernd getragen werden, und sofort nach den Wahlen sollen mit der Regierung Verhandlungen aufgenommen werden.

Für das Schwesternheim des Wilhelminenspitals ist ein Restbetrag von 4 Millionen vorgesehen, für den Wiederaufbau unseres Epidemiespitals und damit für die Behebung der Kriegsschäden am Franz Josef Spital 14 Millionen.

Um 500 Wohnungen mehr als 1952

Für das Bauwesen sind im ordentlichen Haushalt 1.012 Millionen Schilling, also um 83 Millionen mehr als im Voranschlag 1952, vorgesehen. Der außerordentliche Haushalt sieht 18,4 Millionen vor, es ergibt sich also ein Gesamtaufwand für das Bauwesen von 1.020,4 Millionen Schilling. Als Kernstück des Arbeitsbeschaffungsprogrammes kann der Wohnungsbau bezeichnet werden, für den 463 Millionen Schilling bereitgestellt sind, um 38 Millionen mehr als im Jahre 1952. Dies bedeutet, daß allein aus den Budgetansätzen im kommenden Jahr um mindestens 500 Wohnungen mehr als heuer gebaut werden können. (Starker Beifall bei der SPÖ.) Für den Wiederaufbau der Gemeindebauten aus den Jahren nach dem ersten Weltkrieg sind 67 Millionen Schilling im Budget vorgesehen, um zwei Millionen mehr als 1952 und um 12 Millionen mehr als im Jahre 1951 ausgegeben werden konnten. Stadtrat Resch hofft, daß mit diesem Betrag im nächsten Jahr sämtliche kriegsbeschädigten städtischen Wohnhäuser restlos wiederaufgebaut werden können. (Abermals starker Beifall bei der SPÖ.) Diese großen Erfolge konnten nur durch das System der Vorfinanzierung ermöglicht werden.

Für **Ersatzausführungen** sind 15 Millionen Schilling vorgesehen. Der gesamte Bauaufwand, also nicht nur der der Geschäftsgruppen VI und VII, wird 933 Millionen Schilling ausmachen, also um volle 110 Millionen höher sein als im Voranschlag 1952. Die Tendenz dieses Voranschlages geht dahin, die Arbeitsbeschaffung möglichst zu steigern. Während der Bauaufwand 30.1 Prozent des Budgets 1952 ausmachte, wird er im Jahre 1953 32.6 Prozent betragen. Die 933 Millionen Schilling für den Gesamtbauaufwand verteilen sich auf die laufenden baulichen Erhaltungsarbeiten mit 151 Millionen, auf den Wohnungsneubau mit 463 Millionen, auf sonstige einmalige bauliche Vorhaben mit 185 Millionen und auf Kriegsschädenbehebung mit 133 Millionen Schilling. Zu den größeren Bauaufwandsposten gehören u.a. die Gebäudeerhaltung, für die 14,5 Millionen vorgesehen sind, der Straßenbau mit 65 Millionen, Brücken- und Wasserbau mit 54 Millionen, Kanalisation mit 37 Millionen Schilling, Wasserwerke mit 89 Millionen, die öffentliche Beleuchtung mit 16 Millionen, die Gärten mit 30 Millionen, die

Bäder mit 35 Millionen, die Friedhöfe mit 23 Millionen, der Fuhrpark mit 45 Millionen und die Straßenpflege mit 87 Millionen Schilling. Von den für die Bäder vorgesehenen 35 Millionen Schilling entfallen auf den Wiederaufbau des alten kriegsbeschädigten Theresienbades allein 9,8 Millionen Schilling.

Für die Geschäftsgruppe Wohnungswesen beträgt der Gesamtaufwand 105 Millionen, um 29 Millionen mehr als im Jahre 1952. Die Verwaltung der Treuhandhäuser ist heuer erstmalig separat ausgewiesen, es sind hierfür 3,9 Millionen Schilling vorgesehen. Bei der Wohnhäuserverwaltung, ohne den Wäschereien und Badeanlagen und ohne Treuhandhäuser, sind Ausgaben von 92,8 Millionen und Einnahmen von 77,1 Millionen Schilling vorgesehen. Da die Wertabschreibungen 15,3 Millionen Schilling ausmachen, beträgt der kassenmäßige Abgang 0,4 Millionen Schilling. Es ist also noch ein geringer Zuschuß aus Steuermitteln nötig.

Zur Kriegsschädenbehebung für Wohnhäuser sind 67 Millionen, für Treuhandhäuser 0,5 Millionen vorgesehen. Gegenüber den Einnahmen ist hier ein Abgang von 30 Millionen ausgewiesen, von dem 8 Millionen für Bagatelleschäden aus Mitteln der Gemeinde getragen werden, während die restlichen 22 Millionen als Kredite an den Bund zur Vorfinanzierung für den Fonds bestimmt sind.

135 Millionen für die Schulen

Für die Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten ist ein Gesamtaufwand von 222 Millionen, um 22,5 Millionen mehr als heuer, vorgesehen. Dazu kommen noch 26 Millionen für Kriegsschädenbehebungen.

Der Aufwand für das Schulwesen erfordert 115 Millionen (um 5 Millionen mehr als 1952) und 19,6 für Kriegsschädenbehebungen. Es wurde für die Wiederherstellung und den **Neubau** von Schulen ein Aufbauplan erstellt, der festzustellen versucht, wieviele Schulen dauernd nötig sind und wo sie vor allen Dingen gebraucht werden. Dies war wegen der ständig sinkenden Schülerzahlen und den stark zurückgehenden Geburtenzahlen notwendig. Zu Beginn des Schuljahres 1954/55 sollen alle notwendigen neuen Schulen erstellt und die Kriegsschäden an allen anderen behoben sein. (Starker Beifall bei der SPÖ.) Der Bau von sechs begonnenen

Schulen soll fortgesetzt und möglichst fertiggestellt werden. Ferner ist der Bau von 2 neuen Schulen, 1 Zubau und 1 Turnsaalbau vorgesehen. 5 neue Wiederaufbauten von Schulen sollen im kommenden Jahr begonnen werden. Offen ist die Frage der zwei von den Besatzungsmächten beschlagnahmten Schulen, für die eine provisorische Lösung gefunden werden muß.

Für die Märkte und Schlachthöfe sind 37 Millionen im Budget angesetzt, um 6 Millionen mehr als für 1952. Dazu kommen noch 6,5 Millionen für Kriegsschädenbehebung. St. Marx war schwer kriegsbeschädigt, der Wiederaufbau hat daher große Kosten verursacht.

Sieben Millionen für Kriegsschäden der Feuerwehr

Für die Geschäftsgruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten ist ein Gesamtaufwand von 85 Millionen vorgesehen. Für die Kriegsschädenbehebung sind 7 Millionen veranschlagt, die für die Kriegsschädenbehebung der Feuerwehrzentrale Am Hof und der Feuerwache Ottakring vorgesehen sind. Für die Durchführung der Nationalratswahlen mußte ein Betrag von 4,5 Millionen Schilling vorgesehen werden. Heuer wurden bereits 0,5 Millionen bereitgestellt, sodaß sich die Gesamtkosten der Nationalratswahl in Wien auf 5 Millionen belaufen werden. Hievon sollen 1,7 Millionen Schilling vom Bund ersetzt werden.

Stadtrat Resch verweist darauf, daß die Voranschläge zur öffentlichen Einsicht aufgelegt waren, heuer jedoch nur 40 Personen, gegenüber 162 im Vorjahr, davon Gebrauch gemacht haben. Es wurden 34 Erinnerungen, gegenüber 116 im Jahre 1952, eingebracht. Da es sich bei den eingebrachten Erinnerungen um Fragen, die Einzelfälle betreffen, handelt, stellt er den Antrag, diese durch die zuständigen Stadträte beantworten zu lassen.

Zum Abschluß seiner Ausführungen verweist er nochmals darauf, daß Verbesserungen der Verwaltung und Erhöhungen ihrer Leistungen nur soweit vorgenommen werden können, als Mittel hierfür vorhanden sind. Er bittet auch die einzelnen Ansätze des Voranschlages von diesem Gesichtspunkt aus zu beurteilen.

Seine Geschäftsgruppe habe sich redlich Mühe gegeben die Ansätze so aufeinander abzustimmen, daß einerseits die Mittel hierfür ausreichen und daß andererseits das Bestmögliche für die Stadt geleistet wird. Dieser Grundsatz sollte auch für die Beratung des Voranschlages gelten. Da Mehreinnahmen nicht zu gewärtigen sind, können alle Wünsche, die mit erhöhten Ausgaben verbunden sind, nur soweit berücksichtigt werden als dafür andere Ausgaben vermindert werden. Die Gesamtausgaben vertragen keine Erhöhung, da sonst die Deckung des Budgets nicht gewährleistet wäre. Stadtrat Resch bittet, dies bei den Beratungen zu berücksichtigen und den Voranschlag so zu beschließen, daß er als gesunde Grundlage für die Verwaltung dieser Stadt im kommenden Jahre dienen kann. (Starker Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Debatte beginnt

GR. Wicha (WdU) unterstreicht die Abhängigkeit des Haushaltes der Stadt Wien von den Ertragnissen der Bundesabgaben. Es sei daher leichtsinnig, jetzt so zu tun, als ob nichts mehr geschehen könnte. Das neue Gemeindebudget stehe auf sehr schwachen Füßen, denn es ist wahrscheinlich, daß das Budget des Bundes für das Jahr 1953 wesentliche Einschränkungen im Staatshaushalt bringen wird, wodurch der Gemeinde weitere Verpflichtungen erwachsen werden. Die Beiträge des Bundes hängen aber in der Luft. Dem Voranschlag der Gemeinde kommt daher vorwiegend provisorischer Charakter zu.

Der Redner wendet sich dann der, wie er sagt, völlig verfehlten Wirtschafts- und Währungspolitik der Koalitionsparteien zu. Es sei nicht der Fall, daß die Bevölkerung in der Lage ist wieder zu sparen. Die erhöhten Spareinlagen stammen vielmehr ausschließlich aus den Mietzinsrücklagen, die bekanntlich fünf Jahre aufgespart werden müssen.

GR. Wicha beschäftigt sich weiter im einzelnen mit dem Voranschlag und stellt einige Detailfragen. Er kommt dann auf die Aufgaben seiner Fraktion zu sprechen und stellt fest, daß man den Unabhängigen in einer Weise entgegengetreten sei, die man in Kulturstaaten im allgemeinen nicht findet. Haß- und Schimpforgien seien der WdU entgegengebrandet. Man war auch sehr leicht mit dem Wort "Faschismus" bei der Hand. In Wirklichkeit ist hier

eine Zweiparteiendiktatur aufgerichtet und Anträge der Opposition werden grundsätzlich abgelehnt. Man geht sogar so weit, daß man nicht davor zurückschreckt, die Verfassung zu brechen. Der Redner wendet sich in diesem Zusammenhang dagegen, daß die aus der WdU ausgetretenen Gemeinderäte noch immer ihr Mandat ausüben.

Abschließend erklärte der Redner, in die gegenwärtige Politik und auch in die sie vertretenden Männer kein Vertrauen zu haben. Die WdU werde daher das Budget ablehnen.

GR. Lauscher (LBL.) hält seine Rede vor fast leeren Bänken. Er stellt zunächst fest, das Budget und alle seine Teile zeigen, daß keine Wendung zum Besseren zu erwarten ist. Es bleibt bei den hohen Steuern und Abgaben, die die Bevölkerung zu leisten hat. Dennoch macht die Stadt Wien dem Bund weiter Geschenke in der Form des Bundespräzipiums. 620,8 Millionen Schilling hat die Stadt Wien bisher auf diese Weise dem Bund gespendet. Durch diese Millionengeschenke leistet die Sozialistische Partei dem Finanzminister Dr. Kamitz Vorschub bei der Durchführung seiner reaktionären Politik. Diese Geschenke sind die Folge der amerikahörigen Politik. Die Opfer dieser Politik sind die Arbeiter und Angestellten, die Rentner, die Wohnungssuchenden, die Kinder und Jugendlichen.

Der Redner spricht dann von der steigenden Arbeitslosigkeit und vertritt wieder die Forderung nach Intensivierung des Osthandels.

Auf die einzelnen Sparten des Voranschlages eingehend, kritisiert GR. Lauscher u.a. die Art der Wohnungsvergebungen, die Sicherheitsverhältnisse auf der Straßenbahn, die mangelnde Modernisierung der Spitäler, die zu geringe Zahl der Kindergärten und Schulen und weist auf die Not der Wissenschaft und das Elend der Künstler hin. Er stellt noch einmal fest, daß es für Wien noch nie einen so schlechten Finanzausgleich gegeben habe wie diesen. Schließlich spricht der Redner auch von den angeblichen Kriegsvorbereitungen im westlichen Österreich und vertritt die Forderung nach Unterstützung der Friedensidee.

Solange man die Hetze gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten fortsetzen werde, solange man jedes Gespräch mit Menschen anderer Anschauung ablehne, solange man versuche, aus Wien einen Brückenkopf des kalten und des heißen Krieges zu machen, könne keine Besserung der Verhältnisse erreicht werden. Ein reger Wirtschaftsverkehr mit Ost und West, Nord und Süd würde den Ausbau aller Wirtschaftszweige bringen und könnte die Vollbeschäftigung dauernd sichern. Die bisherige Politik müsse geändert werden. Der Redner tritt für eine Beseitigung der Kriegslohnsteuer ein und fordert, daß verhindert werden müsse, daß Kapital ins Ausland verschoben wird und Rohstoffe und Halbfabrikate zu Schleuderpreisen nach dem Westen exportiert werden. Die riesigen Steuerrückstände müßten hereingebracht und die Gewinne der verstaatlichten Banken und Unternehmen dürften nicht in geheime Fonds geleitet werden.

Es sei gar nicht wahr, daß Österreich ein armes Land ist. Durch eine dem Volke dienende Finanzpolitik wäre es vielmehr möglich, dem Staate und auch der Stadt Wien die finanziellen Mittel zu geben, die sie brauchen, und die Möglichkeit zu bieten, die überhöhten Tarife für Strom, Gas und Straßenbahnen zu senken. Es wäre dann auch möglich, mit dem Elend der Alten Schluß zu machen. Der Linksblock sehe die 13. Monatsrente bzw. die Auszahlung einer Weihnachtshilfe an die Bezieher von Renten und Fürsorgeunterstützungen als eine soziale Verpflichtung der öffentlichen Hand diesen Menschen gegenüber an.

Eine der dringendsten Aufgaben der Gemeindeverwaltung sei die Bekämpfung der Wohnungsnot. Um das Wohnungselend zu beseitigen, müßten in den nächsten vier bis fünf Jahren mindestens 10.000 Wohnungen jährlich gebaut werden, damit die Hoffungslosigkeit der Wohnungslosen einer frohen Zuversicht weichen könne. Der Redner fordert eine Herabsetzung der überhöhten Mietzinse in den Gemeindebauten und verlangt die uneingeschränkte Wiederherstellung des Mieterschutzes. Bei der Zuweisung von Wohnungen dürfe nur die Bedürftigkeit des Wohnungssuchenden ausschlaggebend sein. Nicht minder wichtig wäre der Ausbau des Verkehrswesens und die Modernisierung der Verkehrsmittel.

Die Sportverbände und -vereine bedürfen dringend der Unterstützung der Gemeindeverwaltung. Für gute Leistungen der Sportler sollen in erhöhtem Maße Ehrenpreise der Stadtverwaltung verliehen werden. In den Krankenhäusern wären neue Abteilungen für neue medizinische Fachgebiete einzurichten. Die Jugend brauche den Schutz vor den Gefahren der Straße und einen Schutz vor Schmutz und Schund. Beim Schulwesen müßte vor allem der Wechselunterricht beseitigt werden, der den Lernerfolg der Kinder wesentlich beeinträchtigt. Die alten Schulen müßten modernisiert, zweckmäßig und freundlich gestaltet und mit ordentlichen sanitären Einrichtungen versehen werden. Die Volkshochschulen müssen so ausgebaut werden, daß sie imstande sind, einen viel grösseren Hörerkreis zu erfassen.

Den Kulturorganisationen und Interessenvertretungen der Wissenschaftler und Künstler müßte in Fragen des Kulturbudgets ein Mitspracherecht eingeräumt werden. Alle begabten Künstler der Stadt sollen jene Förderungen erfahren, die der kulturellen Würde und der Tradition dieser Stadt entspricht.

Aus Budgetmitteln soll die Gemeinde Wien ein Sprechtheater und eine Opernbühne in eigener Regie führen, um Wien wieder zu einer Theaterstadt zu machen.

Alle diese Aufgaben könnten nur erfüllt werden, wenn der Verwaltungsapparat reorganisiert wird. Die Bevölkerung müsse die Möglichkeit erhalten, an der Gestaltung Wiens schöpferisch mitzuwirken. Auch die Rechte der Bezirksvertretungen müßten erweitert werden.

Die Koalitionsparteien im Wiener Rathaus wollen jedoch - schließt der Redner - ihre bisherige Politik fortsetzen, die den Interessen Wiens und seiner arbeitenden Bevölkerung widerspricht. So ein Budget wollen die Wiener jedoch nicht, deshalb wird es auch vom Linksblock abgelehnt werden.

GR. Römer ergreift hierauf namens der ÖVP das Wort. (Die Gemeinderäte der SPÖ und ÖVP kommen wieder in den Saal.) Der Redner betont, seine Partei habe ihn beauftragt, entsprechend der Legitimation der Wähler, die die ÖVP als zweitstärkste Partei in dieses Haus entsandt habe, und entsprechend der Mitarbeit im Wiener Rathaus die Ausgaben- und Einnahmeseite des zur Beratung stehenden Voranschlages nach sachlichen Momenten zu überprüfen

und dort, wo etwas besser gemacht werden könnte, sachliche Vorschläge für eine bessere Verwaltung der Mittel in den einzelnen Kapiteln zu machen.

StR. Resch habe ein Loblied auf die Stabilisierung und auf die gebändigte Inflation gesungen. Er habe aber vergessen, darauf hinzuweisen, daß auch die Förderung der Exportmöglichkeiten dazu beitragen würde, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Die vorsichtige Finanzpolitik der Stadt Wien, die der Referent hervorgehoben habe, sei erst durch die vorsichtige Politik des Bundes ermöglicht worden.

GR. Wicha habe von der völlig verfehlten Wirtschafts- und Währungspolitik beim Bund und bei den Ländern gesprochen. Ihm könne man nur sagen: Wovon man nichts versteht, davon soll man nicht reden! (GR. Wicha: Das ist die überhebliche Art Ihrer Anmaßung!). Nein, das ist nur eine einfache Feststellung.

Die ÖVP bezeichne die Vertreter der Unabhängigen keineswegs als Faschisten, denn das hieße, ihnen eine zu große Bedeutung beizumessen. Man könne sie vielmehr nur als politische Säuglinge oder politische Armitzgerln bezeichnen. (GR. Wicha: Berufspolitiker sind wir Gott sei Dank keine!) Sie sind auch nicht berufen als Politiker! (Heiterkeit)

Zu der Kritik des GR. Lauscher, daß die Gemeinde Wien dem Bund 620 Millionen geschenkt habe, erklärt Redner, er möge seine leidenschaftlichen Ausführungen an anderer Stelle vorbringen, um der Gemeinde Wien und dem Bund die Möglichkeit zu geben, das, was sie fordern, zu erhalten, ohne daß es ihnen auf der anderen Seite verloren geht. (Beifall bei der Volkspartei)

Der Voranschlag zeigt, daß es der Gemeinde möglich ist, einen großen Teil der ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen, leider können aber viele Aufgaben noch nicht in wünschenswertem Ausmaß durchgeführt werden. Darum muß die Ursache hierfür, die Frage der Besetzung, diskutiert werden. Vor einem halben Jahrhundert ist Emile Zola mit seiner Streitschrift "J'accuse!" für die Gerechtigkeit für einen Menschen eingetreten. Kann das Weltgewissen heute diesen siebenmillionenfachen Schrei nach Recht, dieses siebenmillionenfache: Wir klagen an! überhören? Wir appellieren an das

Gerechtigkeitsgefühl der Welt und an die Besatzungsmacht: Gebt unserem Lande endlich seine Freiheit und die Möglichkeit, die ihm gestellten Aufgaben aus dem Ertrag seiner Arbeit erfüllen zu können! (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Bis Mitte 1952 betrug die gesamte Auslandshilfe 1.392 Millionen Dollar. Die Gesamtverluste aus der Tatsache der Besetzung betragen bis Ende 1952 1.200 Millionen Dollar, wobei die Verluste aus der Beschlagnahme von 100.000 ha Boden, der Beschlagnahme der Donauflotte, von Lokomotiven und Eisenbahnwagen und so weiter, nicht inbegriffen sind. Rechnet man auch diese, so übersteigt der Gesamtbetrag der Verluste den Gesamtbetrag an Hilfe, das heißt, Österreich hat durch die Auslandshilfe im wesentlichen die andauernden Folgen der Besetzung bezahlt und seinen Wiederaufbau aus eigenen Kräften durchgeführt. Wenn man dabei feststellt, daß darüber hinaus dieses Land täglich und stündlich schwer geschädigt wird, dann ist jeder einzelne in diesem Volk berechtigt, seine Forderung an das Weltgewissen zu richten, daß diesem Volk endlich sein Recht werde! (Beifall bei der ÖVP.)

Jedes gesunde Rechtsempfinden muß sich auch gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen und Verurteilten wenden, und wir müssen immer wieder rufen: Gebt unseren Brüdern endlich die Freiheit! (Beifall bei der ÖVP.)

Auch die Volkspartei ist der Meinung, daß die Steuerlast die Grenze des Erträglichen erreicht hat, ja man sollte an die Herabsetzung einzelner Steuerkategorien denken. Die zielbewußte Finanzpolitik von Dr. Kamitz hat ja den Beweis erbracht, daß mit einem gefestigten Schilling mehr zu erreichen ist, Und wenn der Herr Finanzreferent mit Stolz auf ein ausgeglichenes Budget verweist, dann kann die Volkspartei mit ebensolchem Stolz behaupten, daß erst durch die kluge Konsolidierungspolitik des Finanzministers die Voraussetzung dafür geschaffen wurde.

Im Grunde erscheint es gleich, ob die Mittel zur Erreichung der Vollbeschäftigung von der öffentlichen Hand oder von privater Seite angelegt werden.

Aber im Endeffekt besteht doch ein wesentlicher Unterschied: Die Beträge, die der einzelne an Steuern oder Tarifen erspart, wird er dem Konsum zuführen und damit die Volkswirtschaft hundertprozentig befruchten, während bei Vergebung durch die öffentliche Hand ein großer Prozentsatz durch die Hypertrophie der Verwaltung aufgesaugt wird.

Durch die Arbeit des Finanzministers ist es gelungen, die Voraussetzungen für die Kreditaufnahmen zu schaffen und dadurch die Lasten der Behebung der Kriegsschäden auf mehrere Generationen zu verteilen. Die Volkspartei fordert den Finanzreferenten auf, rechtzeitig Kreditverhandlungen aufzunehmen, um die großen noch ausstehenden Projekte und Aufgaben bewältigen zu können.

Der Redner geht sodann in die Besprechung der einzelnen Verwaltungsgruppen ein und appelliert an den Stadtrat für das Personalwesen, in Hinkunft bei Neuaufnahmen, Vorrückungen oder Pensionierungen weniger nach der Parteimitgliedschaft als nach der Fähigkeit des Einzelnen vorzugehen. Er plädiert dafür, den Besuch von kulturellen Veranstaltungen durch die Steuerpolitik nicht zu einem Luxus zu machen und mehr Mittel für diesen Zweck und die Förderung der Wiener Note im Kulturleben bereitzustellen, was **bestangelegtes Kapital** wäre.

Der Redner begrüßt es, daß für das Wohlfahrtswesen bedeutende Beträge vorgesehen sind, bedauert jedoch, daß für die finanzielle Sicherung des Lebensabends der Handel- und Gewerbetreibenden durch die Gemeinde Wien noch immer nicht vorgesorgt wurde. Als dringend bezeichnet er die Forderung nach einer Beitragsleistung des Bundes und der Länder zu den Aufwänden der Wiener städtischen Krankenanstalten. Der Redner verweist auch darauf, daß den konfessionellen Spitälern von den Krankenkassen noch weniger bezahlt wird, als den öffentlichen. Auch hier wäre dringend Abhilfe zu schaffen. Für die so begrüßenswerte Schaffung von Krebsuntersuchungsstellen müßten mehr Mittel bereitgestellt werden.

GR. Römer regt die Schaffung einer Straßenkartei an, an deren Erstellung sämtliche zuständigen Stellen beteiligt sein sollen, damit endlich verhindert werde, daß neugebaute, bzw. instandgesetzte Straßen nach kurzer Zeit wieder aufgerissen werden, um Schienen, Kabel und dgl. zu verlegen. Auch auf die

Planung von Verkehrsmitteln, unter Einbeziehung der Randgemeinden, müßte Rücksicht genommen werden. Er bedauert, daß auch für den Bau einer U-Bahn derzeit keine Mittel aufgebracht werden können.

Trotzdem für die Wohnbautätigkeit große Beträge zur Verfügung gestellt werden, könne hiermit nicht das Auslangen gefunden werden. Der soziale Wohnungsbau allein könne die große Wohnungsnot nicht beheben. Hier müßten alle parteimäßigen Bedenken zurückgestellt und der Gedanke des Wohnungseigentums forciert werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Redner fordert eine Reduzierung des Städtischen Fuhrparks, der sich nicht selbst erhalten kann. Er wendet sich gegen die Besatzungsmächte, die mit Maschinenpistolen und LKW jagen und damit unsere Wildbestände ungeheuer dezimieren und gegen das **Fischen** mit Explosivkörpern. Zum Kapitel Wohnungswesen müsse er sich gegen Versuche der Sozialistischen Partei wenden, die in die Wohnungen eingewiesenen Mieter zum Beitritt oder zur Abonnie- rung der "Arbeiter-Zeitung" zu gewinnen. Er ersucht Stadtrat Koci, daß diese mit Mißfallen aufgenommenen Übelstände abge- schafft würden. Er regt auch an, daß dem zuständigen Gemein- derausschuß Listen über die zu vergebenden Wohnungen vorgelegt werden sollten.

GR. Römer spricht sodann über die großen Anforderungen, die an die Marktkommissäre, Tierärzte und Arbeiter und Angestellten der Märkte gestellt werden. Von der gewissenhaften Kontrolle der Veterinäre hängt es ab, ob Wien von Krankheiten und Seuchen ver- schont bleibe. Trotz der Eingemeindung der Randgemeinden war der hiefür zur Verfügung stehende Stab bis vor kurzem geringer als vor 1938. Erst jetzt hat er die damalige Höhe erreicht. Begrü- senswert bezeichnet GR. Römer die Errichtung des Blumengroß- marktes. Er fordert auch die Schaffung eines günstig gelegenen Zentralmarktes mit Bahn- und Schiffsanschluß.

Zu dem Kapitel Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten bemerkt der Redner, oberster Grundsatz eines Rechtsstaates müsse es sein, daß das Recht ein unteilbares Ganzes ist. (GR. Wicha (WdU): Da kommen Sie spät darauf!)

Zum Abschluß seiner Ausführungen sprach GR. Römer allen Arbeitern und Angestellten, den Ingenieuren und Baumeistern, Ärzten und Schwestern, und überhaupt allen jenen, die zum Aufbau

dieser Stadt beigetragen haben, den herzlichsten Dank seiner Fraktion aus. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

GR. Marek (SPÖ) bemerkt zunächst ironisch unter dem Beifall seiner Fraktionskollegen, die Geschäftsordnung des Wiener Gemeinderates sieht vor, daß die Redner keine gelesenen Ansprachen halten. Alle Debattenredner haben jedoch bisher getreulich gelesen. Er müsse den Vorsitzenden um Entschuldigung bitten, daß er sich an die Bestimmungen der Geschäftsordnung halten und in freier Rede die Stellungnahme seiner Partei darlegen werde.

Der Redner führt sodann aus, die Konstruktion des Budgets beruht auf der Tatsache, daß die Wirtschaft unseres Landes in einem Zustand der Ruhe und Stabilisierung geraten ist. Diese Stabilisierung ist das Produkt eines Prozesses, der 1947 begonnen hat. Die wirtschaftliche Situation damals war keineswegs rosig. Es herrschte ein Zustand, der in ein soziales Chaos zu münden drohte. Diesem entgegenzutreten war Aufgabe der Sozialistischen Partei. GR. Marek verwies in diesem Zusammenhang auf das Aktionsprogramm der SPÖ, das auf dem Parteitag im Oktober 1947 beschlossen wurde. Es hieß darin, daß Stabilisierung und Sicherung unserer Währung die Voraussetzung einer geordneten Wirtschaft sind. Dieses Programm, betonte der Redner, ist und bleibt Grundlage unserer Wirtschaftspolitik. Man deute daher nicht an, daß unsere Politik die Inflation fördere.

Der Redner beschäftigt sich weiter mit den Verzerrungen, die sich die kommunistischen Redner leisten. Er hält demgegenüber die große Unterstützung, die Österreich durch den Marshallplan erhalten habe. Allerdings hält auch die Ausplünderung unseres Landes vom Tage der Befreiung bis heute an. Der Redner bezeichnet die USIA als eine Diebsleiter die in unser Land führt. Sie schädigt den Staat und die Wirtschaft aber auch die Grundlagen der Stadt Wien. 3,8 Millionen Schilling werden dem österreichischen Staat durch den Export der USIA entzogen. 1.700,000.000 Schilling machen weiter die Schädigungen durch den Export anderer Waren aus, die durch die Umgehung der Vorschriften außer Landes kommen. Um 3.300 Millionen Schilling schließlich wird der Staat durch nichtbezahlte Steuern und Zollgebühren geschädigt.

Als erfreulich bezeichnete GR.Marek, daß sich der legale Außenhandel seit September dieses Jahres günstiger gestalte. Im Oktober hatten wir zum ersten Male Ausfuhren im Wert von 984 Millionen zu verzeichnen, also knapp unter der Tausend-millionengrenze. Allerdings betragen die Einfuhren im gleichen Monat 1027 Millionen. Die Steigerung der Produktion und die Erhaltung der Absatzmärkte ist deshalb eine der vordringlichsten Forderungen. Die österreichische Wirtschaft ist auf den Außenhandel angewiesen.

Über die Forderungen des Linksblockes nach Intensivierung des Osthandels sagte GR.Marek, dies heiße die Tatsachen verkehren. Man hat sich auch nach 1945 bemüht mit dem ehemaligen Handelspartner in Geschäftsverbindung zu kommen. Es wurden wiederholt Kommissionen nach Polen, nach Ungarn und in die CSR geschickt. Die CSR aber schuldet Österreich 3,2 Millionen Dollar, Polen schuldet 4,6 Millionen Dollar, Rumänien schuldet 2,8 Millionen Dollar.

Der Redner bezeichnete es als erstrebenswert, wenn ein Handelsvertrag mit der Sowjetunion zustande käme. Er verweist jedoch auf eine Erklärung von Außenminister Gruber, in der es heißt, daß bei den Verhandlungen darauf Wert gelegt werden müsse, daß die Erzeugnisse der USIA-Betriebe einbezogen werden, um die Grundlage für eine gesunde Geschäftsverbindung zu legen.

Im Zusammenhang mit der Reduzierung der passiven Handelsbilanz sprach GR.Marek über den Fremdenverkehr. Er unterstrich, daß im Jahre 1951 erst 19.2 Prozent der Hotelübernachtungen von 1937 erzielt werden konnten. Die großen Hotels sind noch immer besetzt, aber nicht nur von den Russen; in Kärnten von den Engländern, in Tirol und Vorarlberg von den Franzosen, in Wien von den Amerikanern. Wenn wir immer wieder den Ruf an die Welt richten uns die Fesseln der Besetzung abzunehmen, so ist das kein einseitiger Ruf. (Beifall bei den Sozialisten und der Volkspartei.)

In der Zeit vom November 1951 bis Oktober 1952 haben die Reisenden, die nach Österreich und Wien gekommen sind, 771,2 Millionen ins Land gebracht. Wie leicht wäre es möglich, Österreich als Reiseland in der Welt bekannt zu machen, wenn die Demarkationslinien fielen, die es zum Beispiel den westdeutschen Reisenden unmöglich machen nach Wien zu kommen.

Über die Hinweise der Debattenredner, die Lasten des Aufbaues nicht einer Generation aufzubürden und Anleihen für die großen Aufgaben einer modernen Stadtverwaltung aufzunehmen, sprach GR. Marek als nächstes. Er wies darauf hin, daß Minister Dr. Kamitz selbst gesagt hat, die Aussichten ausländisches Kapital für große Investitionen zu interessieren, seien erheblich gestiegen. Aber das "Interesse zu steigern" ist eigentlich sehr wenig. Nicht nur unsere Wirtschaft sondern Europa leidet unter dem Kreditmangel. Wie soll die Wiener Gemeindeverwaltung zum Beispiel den sozialen Wohnhausbau mit Anleihen finanzieren, die gar nicht zur Verfügung stehen.

Der Finanzminister hat auch die Investitionspolitik grundsätzlich bejaht. Er hat dabei bei der Beurteilung des Steuerjahres 1951 festgestellt, daß nicht weniger als 1260 Millionen Schilling von den indirekten Steuern dieses Jahres ausständig sind. Das Steueraufkommen insgesamt beträgt jedoch 5500 Millionen Schilling. Von diesen Summen ist die österreichische Wirtschaft also um 1260 Millionen im Rückstand. Das bedeutet eine Mindersteuerleistung von 23 Prozent. Im Rechnungsabschluß der Stadt Wien für das gleiche Jahr betragen jedoch die Rückstände nur 5 Prozent. Diese Gegenüberstellung zeigt jedoch die Methodik der Steuerpraxis.

In diesem Zusammenhang erwähnte der Redner auch, daß die Stadt Wien durch ihre Kreditinstitute besonders den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden hilfreich unter die Arme gegriffen hat. (Beifall bei der SPÖ.) Auch dies dient der Vollbeschäftigung. Nicht weniger als 153,5 Millionen Schillinge sind als Gewerbekredite vergeben worden. Die Gemeinde hat ferner 2.583 Geschäftslokale in Gemeindebauten an Gewerbetreibende zur Verfügung gestellt. Außerdem werden in Althäusern 2.139 Geschäftslokale zusätzlich verwaltet. Es wird trotzdem notwendig sein, der Errichtung von Geschäftslokalen erhöhtes Augenmerk zuzuwenden.

Mit einem Blick auf das Budget erwähnte der Redner auch eine Ausgabe von 333.000 Schilling für die Chlorierung des Hochquellwassers. Dies sei eine amerikanische Vorschrift aus der Zeit der Sezessionskriege, die verlangt, daß bei Besetzung fremder Gebiete dem Trinkwasser unbedingt Chlor beizugeben sei. Man werde es begrüßen, wenn die Beigabe von 70.000 Kilo Chlor endlich unterlassen werden darf.

Ferner erneuerte GR.Marek die Forderung nach einem Naturschutzgesetz.

Der Redner sprach sodann über die Koalition. Er verstehe darunter die loyale Zusammenarbeit zweier weltanschaulich diametral eingestellter Parteien, die sich durch die Not des Vaterlandes gefunden haben, um diese Not zu bannen. Aber eine Koalition bedingt nicht nur, daß man bei der Verabschiedung des Voranschlages seine Zustimmung gibt, Der Redner wehrt sich in diesem Zusammenhang gegen Vorwürfe, die auf dem Landesparteitag der ÖVP am 4. Oktober dieses Jahres gemacht wurden. Er weist darauf hin, daß zum Beispiel die Steuererträge aus den Randgemeinden in den Jahren 1950 und 1951 172,3 Millionen ausmachten, während in der gleichen Zeit 220,7 Millionen aufgewendet wurden, das heißt, es wurden mehr als 48 Millionen für die Randgemeinden aufgewendet.

Der Redner zitiert einen Artikel des "Kleinen Volksblattes", in welchem der soziale Wohnhausbau als ein Schwindel hingestellt wird. Hierzu müsse der Redner feststellen: Die Wohnungslosen unserer Stadt sind sicher glücklich, daß die Sozialistische Partei diesen "Schwindel" aus der Ersten Republik übernommen hat, durchführt und auch weiterführen wird. (Starkor Beifall bei den Sozialisten. - GR.Mühlhauser: Es ist nicht der Bau, sondern die Vergabung gemeint, über die wir noch allerhand reden werden!)

Grundsätzlich müsse gesagt werden, daß es geeignet sei, die Koalition zu stören, wenn die Sprecher der ÖVP dem politischen Partner alles Mögliche nachsagen, obwohl sie sich sicherlich von der demokratischen Gesinnung der Sozialisten überzeugen konnten.

(GR. Mühlhauser: Nicht ganz! - Lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ. - GR. Mühlhauser: In der Stadtverwaltung gibt es viel Undemokratisches!) Das sagt ein maßgebender Funktionär der Koalitionspartei! (GR. Mühlhauser: Sie brauchen sich nur die Verfassung der Stadt anzusehen, wie demokratisch die ist!) Die Doppelgeleisigkeit der ÖVP auf diesem Gebiete ist nicht gut. Man kann nicht einerseits sich zum sozialen Wohnungsbau bekennen und andererseits ihn als ärgsten Schwindel bezeichnen.

Im Verlaufe zweier Wahlgänge habe die ÖVP mit dem Schreck gespenst der Roten Katze operiert. Da dieses Vieh nicht mehr ziehe, höre man jetzt in der Propaganda schon den Wahlschlager von der Roten Spinne. Man vergißt dabei, daß bekanntlich im Winter die Spinnen einen Winterschlaf halten. (GR. Mühlhauser: Die Rote Spinne ist ein besonderes Vieh, die schläft nie! - Heiterkeit.) Zu dieser Argumentation sei zu sagen: Von der Roten Spinne bis zu den Pestflöhen ist - natürlich nur naturgeschichtlich gesehen - kein weiter Weg! (Starker Beifall bei der SPÖ und Heiterkeit.)

Eine solche Haltung schädigt aber auch die Wirtschaft und damit die Ordnung in unserem Lande. Wenn man von der Inflation und anderen Gefahren spricht, ruft man in der Bevölkerung ein Gefühl der Unsicherheit hervor, was sich dann so auswirkt, daß die Menschen Friedensaufrufe aller Art unterschreiben. Charakterlich schwache Menschen unterliegen der Versuchung und unterschreiben solche Friedensaufrufe, deren es schon fast ebenso viele gibt, als Staatsvertragsverhandlungen stattgefunden haben. Den Erfolg bucht aber die Kommunistische Partei.

Nach den Ereignissen der letzten Wochen sei es verständlich, daß die Kommunistische Partei bestrebt ist, sich einen neuen Namen zuzulegen, und sich jetzt Volksopposition nennt. (GR. Lauscher: Wir sind immer die gleichen! - Lebhaftes Zwischenrufe.) Hier hat der Herr Lauscher die Wahrheit gesprochen: Die Kommunisten sind immer die gleichen: bei der Aufrichtung der Galgen in Ungarn, in Polen, in der Tschechoslowakei und in Rumänien. In Österreich wird ihnen das nicht gelingen! Die Kommunisten sind diejenigen, die eine Weltanschauung herbeiführen, die wie eine Hölle anmutet, wo es Frauen gibt, die den Tod ihres Mannes, mit dem sie Kinder gezeugt haben, wünschen, und Söhne, die ihren

Vater verfluchen. In den kommunistischen Staaten ist diese abgrundtiefe Schlechtigkeit die Staatsmoral. Die Kommunisten haben also alle Ursache, sich jetzt Volksoption zu nennen.

Die Kommunisten spielen sich hier so auf, als ob sie die Schüler der großen Rathausverwaltung vor 1934 gewesen wären. (GR. Dr. Soswinski: Hätten Sie dafür gesorgt, daß die österreichischen Arbeiter nicht ihr Recht verloren haben, dann wäre es nicht zum Jahre 1938 gekommen! Darin lag der entscheidende Fehler der Sozialdemokraten! - GR. Lauscher: Sie sind schuld an den Galgen, die nach 1934 errichtet wurden! - Weitere stürmische Zwischenrufe.)

Man müsse den Kommunisten das Recht abzusprechen, große Vorbilder wie Prof. Tandler zum Vorbild zu nehmen, wenn über das Fürsorgewesen gesprochen wird, Breitner anzuführen, wenn von Kommunalpolitik gesprochen wird, und Seitz zu nennen, wenn man über das Stadtoberhaupt spricht, denn die Politik der Kommunisten sei eine Lüge. In einer Broschüre mit dem Titel: "Wenn Breitner Finanzminister wäre" aus dem Jahre 1929 wird Breitner als der Büttel der Bourgeoisie und Seitz als der Einpeitscher der bürgerlichen Interessen in dieser Gemeindeverwaltung beschimpft. In dieser Broschüre werden die damals noch Lebenden beschimpft, heute aber glauben die Kommunisten, diese Männer für ihre politischen Zwecke mißbrauchen zu können. Verantwortlich für diese Sudelschrift zeichnet jedoch ein gewisser Theodor Maller, Handelsangestellter! (GR. Sigmund: Derselbe Maller!) Die Beurteilung dieser Tatsachen überlasse der Redner den Abgeordneten des Gemeinderates selbst.

Die Kommunisten, diese Patentdemokraten, die hier im Hause ständig Beschwerde führen, daß die Gesetze und die Verfassung nicht beachtet werden, setzen sich täglich und stündlich über diese Gesetze hinweg. Mit welchem Recht stellen sie denn auf Gemeindeeigentum ihre Gerüste zur Befestigung von Friedenstauen und Parolen auf? So wurden beispielsweise gegenüber dem Amalienbad in völlig geschmackloser und pietätloser Weise Gräber mit Kreuzen errichtet.

Auf einem Kreuz ist die Zahl der Toten des ersten Weltkrieges, auf dem zweiten die Zahl der Toten des zweiten Weltkrieges und auf einem dritten die Zahl der für die Freiheit, Unabhängigkeit und für die Menschlichkeit Gestorbenen und Getöteten Europas verzeichnet. Man kann den Kommunisten nur empfehlen, ein viertes Grab zu errichten mit der Zahl jener Menschen, die in den Volkdemokratien als Demokraten getötet wurden, in den Konzentrationslagern verhungerten und bei der Zwangsarbeit zu Tode geschunden wurden.

Welches zwiespältige Spiel die Kommunisten beispielsweise mit den Rentnern treiben, zeige sich darin, daß sie im Gemeinderat behaupten, nur für das Budget stimmen zu können, wenn die Renten - die zweifellos niedrig sind - erhöht werden, auf der anderen Seite aber in der "Volksstimme" eine Rentnerin, eine alte Frau aus Mauer zum Wort kommt und mitteilt, daß sie, als sie den Wahlaufruf der Volksopposition gelesen habe, sofort ihre alten Sachen verkaufte und den Erlös von 500 S der Kommunistischen Partei für den Wahlfonds der Volksopposition ablieferte.

Man bekommt ein banges Gefühl - betont der Redner - wenn man die Fraktion des Linksblocks ansieht und denkt, daß es dieser Partei einmal gelingen könnte, die Freiheit in Österreich zu vernichten und das Land unter das Joch der Volkdemokratie zu pressen. Man kann sich vorstellen, daß dann beispielsweise Dr. Altmann und Dr. Soswinski auf der Anklagebank sitzen und nicht nur bekennen, Titoisten und Trotzlisten zu sein, sie würden vielleicht sogar sagen, daß sie seit Jahren bezahlte Spitzel sind und ihre Reden im Wiener Gemeinderat nur deshalb gehalten haben, um die Kommunistische Partei lächerlich zu machen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Der VdU wiederum sei mit einem tönenden Programm von Sauberkeit, Leistung und Reinheit in die politische Arene gekommen. Dieses politische Kapital haben die Unabhängigen aber in dem Augenblick vertan, als sie im Parlament den Antrag der Sozialisten mit niedergestimmt haben, den Staatsanwalt zu beauftragen, die Tätigkeit der Banken zu kontrollieren.

Zum Budget selbst sei zu sagen, daß es das Ergebnis einer konstruktiven Arbeit ist. Es wird dazu führen, Arbeit zu schaffen,

die Jugendarbeitslosigkeit zu lindern und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes im Interesse der Mühseligen und Beladenen, der Arbeitslosen, hinwegzuräumen.

Aus diesen Gründen stimmt die Sozialistische Partei freudig den Voranschlag für 1953 zu. Dieser Voranschlag ist ein Bekenntnis zum Lebenswillen unserer Stadt und unseres Landes, ein Bekenntnis zum sozialen Fortschritt, ein Bekenntnis zum Wohnbau, und es gibt die Gewißheit, daß wir wieder ein Stück weitergekommen sind. Namens der Sozialistischen Fraktion dankt der Redner schließlich StR. Resch für seine unermüdliche, geniale und konstruktive Arbeit im Dienste unserer Stadt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Dr. Soswinski (LBl.) betont, er müsse erneut darauf hinweisen, daß die Bestimmungen der Wiener Verfassung nicht eingehalten werden. (Die Abgeordneten der Koalitionsparteien verlassen demonstrativ den Saal.) Der Amtsführende Stadtrat Resch betrachte die Verfassung scheinbar nur als einen Fetzen Papier, denn er habe schon einen Tag bevor die Abgeordneten das Budget ausgehändigt erhielten, den Voranschlag zum Gegenstand einer Agitations- und Parteiversammlung gemacht. Als ihm das vorgeworfen wurde, habe er mit zynischer Offenheit erklärt: Wann das Budget veröffentlicht wird, bestimmt nicht das Haus und die Verfassung, sondern die Koalition! Der Redner versucht an Hand von Zahlen nachzuweisen, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gegenüber dem Vorjahr eine Verschlechterung erfahren habe. Die von Stadtrat Resch erwähnte Erhöhung der Spareinlagen bezeichnet er als einen Trugschluß. Diese Erhöhung gehe nämlich Hand in Hand mit einer Senkung der Einlagen auf den Scheckkonten. Die Unternehmer haben lediglich, da die Einnahmen auf Sparbüchern besser verzinst werden, diesen Umstand ausgenützt und Einlagenänderungen vorgenommen.

GR. Dr. Soswinski tritt sodann für den Kampf um eine gerechte Abgabenteilung zwischen Bund und Gemeinden und die Abschaffung des Notopfers ein. Von diesen Beträgen, auf die die Gemeinde verzichtet hat, hätten rund 10.000 Wohnungen gebaut werden können. Auch auf eine zeitgerechte Abrechnung der Steuerrückstände von derzeit fast 700 Millionen Schilling wäre zu dringen.

Die von den Rednern der Koalitionsparteien angeführten Steuer- schulden der USIA bezeichnet GR. Dr. Soswinski als unrichtig; es handle sich nur um geringfügige Beträge. Die USIA-Betriebe haben vielmehr Österreich Vorteile gebracht, denn ihnen gelang es im Gegensatz zu den anderen, von der Wirtschaftskrise im wesentlichen unberührt zu bleiben. Dies schon deshalb, weil sie die Möglichkeit haben, sich der Sabotage, die am Osthandel ge- trieben wird, zu entziehen. Außerdem haben die USIA-Betriebe in den letzten Jahren eine Reihe von Lehrwerkstätten geschaffen. Der Redner stellt sodann einen Beschluß- und Resolutionsantrag auf Befreiung der Sportorganisationen, vor allem der Amateur- sportvereine von der Vergnügungssteuer. Er tritt auch für eine Ermäßigung der Gebrauchs- und Wegebenutzungsgebühren ein. Ein weiterer Beschluß und Resolutionsantrag verlangt die Gewährung von zinsfreien Darlehen an Siedler zur Finanzierung der Elek- trifizierungsprojekte für die Siedlung Kapellerfeld. Als ungenü- gend bezeichnet der Redner die Ansätze für das Wohlfahrtswesen. Bei den Aufwendungen für die Krankenhäuser wäre auf eine teil- weise Übernahme der Lasten durch den Bund zu drängen. GR. Dr. Soswinski betrachtet es nicht als entscheidend, daß im nächsten Jahr einige tausend Wohnungen gebaut werden, entscheidend sei die Zahl der augenblicklich benötigten Wohnungen und die der jährlich verfallenden. Es müßten allein jährlich 6.000 Wohnungen gebaut werden, um den Verfall wettzumachen. Die derzeitigen Schulverhältnisse seien nach Ansicht des Redners katastrophal. Auch eine ganze Reihe von Fragen, wie die Lehrmittelbeschaffung u.dgl. bedürfen dringender Änderung. Den Gebarungsabgang des Budgets bezeichnet der Redner als einen gewollten, herbeigeführt, um notwendige Forderungen mit einem Hinweis auf die Finanzlage ablehnen zu können. Abschließend tritt der Redner für einen Kampf gegen die Kriegslohnsteuer, für die Erhöhung der Renten, die Schaffung einer 13. Monatsrente, für ausreichende Löhne, für die Arbeitsplatzsicherung, für die Schaffung von genügend Wohnungen, Kindergärten, Horten und anderer sozialer Einrichtungen ein.

StR. Resch erklärt in seinem Schlußwort, daß dieser Voranschlag nicht nach irgendwelchen politischen Motiven aufgestellt worden ist, sondern nach wirtschaftlichen Tatsachen, die die Hoffnung geben, daß dieses Budget ein definitives sein wird. Es ist auch nicht richtig, daß die Erhöhung der Spareinlagen nur auf die Mietzinsrücklagen zurückzuführen wäre. Spareinlagen der Sparvereine haben zum Beispiel nur bei der Zentralsparkasse der Stadt Wien im Vorjahr um diese Zeit 55 Millionen betragen, und heuer dagegen 77,7 Millionen, sind also um mehr als 40 Prozent angestiegen. Das zeigt, daß das private Kapital sich wieder im wesentlich größeren Maße dem Sparen zuwendet.

Der Herr GR. Lauscher hat sich mit allem möglichen beschäftigt, nur nicht mit dem Budget. Er hat aber etwas behauptet, was ich unterstreichen möchte, er hat behauptet, Österreich sei nicht arm. Österreich wird in dem Augenblick nicht arm sein, in dem es wieder über seine Bodenschätze verfügen, seine Grenzen wieder schützen und politisch wieder in Freiheit leben kann. Ich möchte aber seine Behauptung zurückweisen, daß in unseren Spitälern die ärztliche Behandlung der Patienten mangelhaft sei und durch das Einstellen von Jungärzten diesem Übelstand abgeholfen werden muß. Wenn es in unseren Spitälern einen Mangel gibt, so liegt er darin, daß sich die Patienten über die zu große Zahl von Ärzten beschweren, die bei der Visite an ihr Bett kommen.

Der GR. Römer hat die vorsichtige Finanzpolitik der Gemeinde Wien anerkannt und hinzugefügt, daß diese auf der gleichen vorsichtigen Finanzpolitik des Bundes fuße. Wenn ich das zugebe, dann nicht für das Jahr 1952. Und wenn sich heuer in der Wirtschaft Schwierigkeiten stärker fühlbar machten, so war eine Ursache die unvorsichtige Finanzpolitik des Bundesbudgets des Jahres 1952, die den Bund gezwungen hat, große Schulden an die Wirtschaft zu machen.

Wenn der Herr GR. Römer gemeint hat, es sei besser, Investitionen aus privaten Mitteln zu machen, so ist dazu zu sagen, daß der bei öffentlichen Investitionen verlorengelende Verwaltungsaufwand minimal ist, denn es ist für den buchhalterischen Apparat völlig belanglos, ob er große oder kleinere Beträge zu buchen hat.

Dagegen muß man bei privaten Investitionen, solange es keine Steuerbegünstigungen für Investitionen gibt, die Preise mit doppelt so hohen Kosten belasten, als wenn man öffentlich investiert. Ich möchte an die Vertreter der freien Wirtschaft in der Volkspartei appellieren, sich doch von den alten, längst überlebten Grundsätzen der kapitalistischen Wirtschaft zu trennen. Schauen Sie nach Amerika, wo uns mit Roosevelts New deal seit Jahren vor-exerziert wird, daß man eine ganze Wirtschaft durch öffentliche Unterstützung auf ein Niveau heben kann, das sich vorher kein Mensch vorgestellt hat.

Zu der Empfehlung, rechtzeitig in Kreditverhandlungen einzutreten, muß ich aufmerksam machen, daß die Beträge, um die es sich bei der Gemeinde Wien handelt, heute auf dem Kreditmarkt noch nicht zu haben sind.

Zu der Klage, daß die Steuerpolitik der Gemeinde an den Niedergang der Theater und Konzerte und eines Teiles unseres Kunstlebens schuld sei, ist festzustellen, daß hierfür die Vergnügungssteuer 7 Prozent beträgt, was bei einer Karte von 10 Schilling 70 Groschen ausmacht. Glauben Sie wirklich, daß ohne diese 70 Groschen eine entscheidende Besserung möglich wäre? Auch könnte ein Nachgehen auf diesem Gebiete zwangsläufig Forderungen bei einer ganzen Anzahl anderer Steuern auslösen, und somit ein Weg beschritten werden, den man finanziell nicht absehen kann.

Die Forderung, daß die Sozialversicherung mehr zu den Spitalskosten beitragen soll, ist bis zu einem gewissen Grade zu unterstreichen. Aber man darf die Sozialversicherung nicht etwa deshalb erschlagen, um die Spitalsfrage zu lösen. Durch die nationalsozialistische Ära wurden die Leistungen der Sozialversicherungsinstitute bei gleichen Beitragsleistungen auf einer Reihe von Gebieten wesentlich größer.

Was die Klagen über Straßenneubauten anlangt, ist darauf zu verweisen, daß bei jedem neuen Straßenbau vorher Verhandlungen nicht nur innerhalb der Gemeinde sondern auch mit Bund, Bahn und Post abgehalten werden, die in einem Vertrag enden, der alle diese Stellen verpflichtet, 5 Jahre lang auf jeden neuen Einbau in dieser Straße zu verzichten.

Wenn es gelegentlich zu gewissen unliebsamen Störungen kommt, sind diese durch nicht zu vermeidende Vorfälle verursacht.

Zu den Ausführungen über den Hafenausbau ist darauf hinzuweisen, daß unser jetziges Hafengelände schon weit größer ist als je zuvor, daß es aber eine der Sorgen der Stadt ist, hier nicht zurückzubleiben und rechtzeitig dafür vorzusorgen, daß, wenn wir einmal frei sind und der Donauverkehr über Wien einsetzt, unsere Hafenanlagen modern für diesen Verkehr zur Verfügung stehen werden.

Stadtrat Resch kommt sodann auf die Ausführungen über das Wohnungseigentum zu sprechen und erklärt, daß er die Meinung des GR.Römer nicht teilen könne, sondern der Meinung ist, daß durch die heutige Methode des Bauens nach dem Wohnungseigentum nicht ein einziger Groschen zusätzlich für das Bauen von Wohnungen freigemacht werden könne. Sie bauen das Haus zur Gänze aus öffentlichen Mitteln so auf, wie jeder andere Althausbesitzer das auch kann. Wir sind für das Wohnungseigentum, wenn es sich um das ehrliche Erwerben eines privaten Eigentums aus eigenen Mitteln oder mit Krediten handelt, die wenigstens annähernd den Bedingungen entsprechen, mit denen jeder andere Eigentum auf Kredit erwerben kann. Ein auf 75 Jahre zinsfreier Kredit ist ein Geschenk und diese Geschenke zugunsten Privater lehnen wir ab. (Beifall bei den Sozialisten.)

Zu dem Appell des GR.Marek auf Förderung des Kredites für kleine Gewerbetreibende, verweist Stadtrat Resch darauf, daß dies bereits geschieht und zum Beispiel den Kinobesitzern über ihre Vorsprache die Zusage gegeben wurde, die von ihnen geplanten Investitionszuschläge für die Reparatur der Kinos steuerfrei zu belassen, wenn auch der Bund auf seinen Anteil an den Steuern verzichtet. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind auf gutem Wege.

Auf die Ausführungen des GR.Dr.Soswinski eingehend, erklärt Redner, er müsse es ablehnen, daß dieser seine Forderungen als Willen der Wiener Arbeiterschaft hinstellt. Den Willen der Wiener Arbeiterschaft zu vertreten hat die Sozialistische Fraktion mehr Recht.

Wenn der Herr GR.Dr. Soswinski aus Indexzahlen, die er willkürlich aus den Mitteilungen der Nationalbank entnommen hat, das als unwahr bezeichnet, was ich gestern bezüglich des Verhältnisses der Arbeiternettolöhne zu den Lebenshaltungskosten bekanntgegeben habe, so stelle ich fest, daß die von mir genannten Zahlen aus dem Oktoberheft des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung entnommen sind. Wenn er durch verschiedene Gegenüberstellungen versucht, einen anderen Eindruck zu erwecken, so ist das eben ein Taschenspielerkunststück.

Ich muß auch die Behauptung zurückweisen, daß Wien im Sommer anläßlich des Notstandsopfers für den Osten Österreichs ein Opfer an den Bund gebracht hat. Wien hat aus den 70 Millionen, die aus Mitteln der Länder und des Bundes für Notstandsmaßnahmen zur Verfügung standen, 19 Millionen bekommen, dagegen nur 11,5 Millionen zur Verfügung gestellt. Dabei hat Wien über 12 Millionen frei verfügt, während 7 Millionen für den Wiederaufbau der Wiener Oper, und zwar nur für lohnintensive Arbeiten, bestimmt waren.

Über die von GR.Dr. Soswinski aufgeworfene Frage, ob die USIA-Betriebe Vorzüge oder Nachteile für die österreichische Wirtschaft haben, kann man ruhig das Volk bei den nächsten Wahlen entscheiden lassen. Das, was für die österreichische Wirtschaft unerträglich ist, ist nicht, daß Ausländer Besitzer unserer Unternehmen sind, sondern daß diese Besitzer sich exterritorial gebärden und nicht den österreichischen Gesetzen unterwerfen. Und das trifft für die USIA zu. (Zustimmung bei SPÖ und ÖVP.)

Abschließend ersucht Stadtrat Resch die Anträge von GR.Dr. Soswinski, da sie nur politische Lizitation enthalten, abzulehnen. Die Ansätze der Geschäftsgruppe II, Finanzwesen, ersucht er anzunehmen. Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 2. Hauptstückes ohne die Stimmen des Linksblockes und der WdU angenommen. Die Anträge von Dr. Soswinski werden abgelehnt. Der Antrag von Stadtrat Resch, die Erinnerungen den zuständigen Amtsführenden Stadträten zuzuweisen, wird angenommen.

Das Personal der Stadt Wien
=====

StR. Sigmund (SPÖ) berichtet über Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform. Die Stadt Wien wird 1953 für insgesamt 88.536 Personen einschließlich der Pensionisten zu sorgen haben. Der Gesamtaufwand für dieses Heer von Angestellten wird 1.563,269.950 Schilling betragen.

Die Hoheitsverwaltung wird 34.773 Menschen beschäftigen, das sind um 743 weniger als im Jahre 1952. Die Zahl der Pensionisten wird für 1953 mit 13.711 angegeben, dies bedeutet einen Zuwachs um 916. Der gesamte Personalaufwand für die Hoheitsverwaltung wird 917 Millionen Schilling betragen, um rund 9,7 Millionen Schilling mehr als 1952.

Die Städtischen Unternehmungen werden 21.914 Bedienstete beschäftigen, um 485 weniger. Die Zahl der Pensionisten wird dagegen um 117 auf 18.138 steigen. Bei den Verkehrsbetrieben werden 1953 einer Zahl von 13.480 Aktiven 12.742 Pensionisten gegenüberstehen, d.h. auf einen aktiven Bediensteten kommt fast ein Pensionist.

Die Zahl der Aufnahmeansuchen steigt jährlich. Sie betrug in diesem Jahr vom 1. Jänner bis 30. November 10.738. Von diesen Stellenbewerbern wurden jedoch nur 957 ständig aufgenommen. Außerdem wurden aber bei der Hoheitsverwaltung 2.094 Saison- und Aushilfsarbeiter aufgenommen. Von den ständigen Aufnahmen entfallen 281 auf die Städtischen Unternehmungen. Ferner wurden dort 207 Saisonarbeiter und Kurzschaffnerinnen angestellt.

Der Referent gab sodann einen Überblick über die Bemühungen der Gemeindeverwaltung und der Gewerkschaft, das fachliche Niveau der Angestellten zu heben. 1952 fanden 18 Fachkurse und 27 Kurse an der Verwaltungsakademie sowie 36 Kurse für Stenographie, Maschinschreiben und deutsche Sprache statt.

Die Arbeit an der Ausgestaltung des Dienstrechtes, das nach der Aufhebung der Dienstordnung durch den Verfassungsgerichtshof erst vor knapp mehr als einem Jahr, am 22. September 1951 als Landesgesetz beschlossen wurde, ist auch 1952 weiter geführt worden. Vier Novellen zu diesem Gesetz mußten 1952 vom Landtag beschlossen werden.

Stadtrat Sigmund besprach im einzelnen die Auswirkungen dieser Änderungen, die verschiedene Verbesserungen für die Bediensteten mit sich brachten. Er hob besonders hervor, daß es ab 1. Jänner 1953 auch bei der Gemeinde keinen Unterschied zwischen Alt- und Neupensionisten geben wird. Die Kosten dieser Angleichung betragen für 1953 ungefähr 22 Millionen Schilling. Neben diesen vom Landtag beschlossenen Vorlagen wurden auch vom Gemeinderat und vom Stadtsenat verschiedene Neuregelungen getroffen.

Der Referent wies in diesem Zusammenhang auf die viele Verwaltungsarbeit hin, die in seiner Geschäftsgruppe zu vollbringen war. So wurden z.B. dem Personalausschuß (Gemeinderatsausschuß I) in 24 Sitzungen insgesamt 1.936 Geschäftsstücke vorgelegt. Große Arbeit verursachte auch die Erledigung der Ansuchen um Vordienstzeitenanrechnung. Seit dem Jahr 1946 sind acht Lohnregelungen eingetreten. Auch die Höhe der Pensionsbeiträge wurde dreimal geändert, ebenso gab es Änderungen auf dem Gebiet des Steuerwesens. Große Schwierigkeiten ergeben sich auch bei den laufenden monatlichen Gehaltsliquidierungen. Von den bearbeitenden Beamten ist eine Fülle von Einzelheiten zu berücksichtigen.

Zur Verwaltungs- und Betriebsreform verwies der Referent grundsätzlich darauf, daß auch heuer die Bemühungen fortgesetzt wurden, die Verwaltungsarbeit zu vereinfachen. Die Grundlage dafür bilden die periodischen Revisionen, die im laufenden Jahr zahlreich durchgeführt worden sind. Dadurch konnte der Personalstand bei gleichbleibender Leistung herabgesetzt werden.

Der Referent betont, daß das Ziel der Vereinigung der E-Werke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe - unter Beibehaltung ihres Zweckes und Umfanges - zu den "Wiener Stadtwerken", eine einfachere und sparsamere Verwaltung zu erzielen, naturgemäß nur schrittweise erreicht werden könne. Die in den Vorjahren bereits in Angriff genommenen Verwaltungsreformen wurden zum Teil abgeschlossen, zum Teil weiter vorgetrieben. Eine der entscheidendsten Maßnahmen war dabei die erste Phase der Durchführung des gemeinsamen Inkassos, das bereits mehr als ein Viertel der Gas- und Stromkonsumenten des Wiener Stadtgebietes umfaßt. Die bisherigen Erfahrungen waren durchaus befriedigend. An der Zahlungsbereitschaft der Bevölkerung war zu erkennen, daß diese Maßnahme verstanden wird, was auch daraus hervorgeht, daß mehr als zwei Drittel der

Konsumenten die Gas- und Stromrechnungen bereits bei Vorlage der Rechnungen bezahlen. Weitere Verwaltungsvereinfachungen waren der Zentraleinkauf, die zentrale Lagerverwaltung und die zentrale Lagerverrechnung. Die Errichtung einer gemeinsamen Einkaufsabteilung hatte den Erfolg einer beträchtlichen Verbilligung der für den Betrieb der Werke erforderlichen Betriebsstoffe und Materialien. Ein modernes Abrechnungsverfahren soll in jeweils kürzester Zeit einen Überblick über die gesamten Lagerbestände in mengen- und wertmäßiger Hinsicht geben und die Grundlage für eine möglichst ökonomische Bedarfsdeckung und Bedarfslenkung bilden.

Durch die Schaffung einer gemeinsamen Pensionsabteilung war es möglich, eine einheitliche Pensionsverrechnung für die gesamten Stadtwerke durchzuführen, die auch mit einer nicht unbeträchtlichen Arbeitsvereinfachung verbunden ist.

Die Gründung der Stadtwerke ermöglichte es auch, den Personalausgleich zwischen den Teilunternehmungen durchzuführen, der bisher an kompetenzmäßigen Schwierigkeiten gescheitert war. Außerdem war es möglich - wenn auch nur in bescheidenem Maße -, einen Personalausgleich mit der Hoheitsverwaltung durchzuführen. Auch die Zusammenfassung der Zoll-, Frachten- und Verkehrsangelegenheiten hat sich in der Praxis weitgehend bewährt.

Ein weiterer Schritt zur Verwaltungsvereinfachung wurde durch die Zusammenfassung der Druckereien der Teilunternehmungen gemacht. Es zeigte sich, daß gerade auf diesem Gebiete nur eine zentrale Lenkung zu wesentlichen Einsparungen führen kann.

Auch die Hausverwaltungen der Stadtwerke wurden aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung zusammengefaßt. Es handelt sich hierbei unter anderem um rund 3500 Wohnungen, die die Stadtwerke zu betreuen haben.

Vollständig neu wurde im Jahre 1952 die einheitliche Lenkung des gesamten Kraftfahrwesens der Stadtwerke geregelt. Dadurch ergab sich die Möglichkeit zu einer gegenseitigen Wagenaushilfe, zum Austausch von Werkzeugen und Ersatzbestandteilen usw. Eine ähnliche Maßnahme erstreckt sich auf sämtliche Laboratorien der Stadtwerke.

Weitere Verwaltungsmaßnahmen waren die zentrale Altmaterialverwertung, ferner eine Regelung der gesamten Werkzeuggebarung.

Auf dem Gebiet der Bauwirtschaftskontrolle ist nunmehr eine gründliche laufende Überprüfung der Investitionen der Teilunternehmungen gewährleistet.

Durch all diese Maßnahmen wurden rund 400 Bedienstete eingespart, was eine Jahresersparnis von rund 10 Millionen Schilling ergibt. Weitere Vereinfachungen im kaufmännischen und Verwaltungsapparat der Teilunternehmungen sind ins Auge gefaßt.

Wie der Referent ausführt, ist aus diesen Darlegungen ersichtlich, daß der bisherige Weg in der Richtung zu einer Betriebs- und Verwaltungsreform nicht von großen Reformplänen gekennzeichnet war, die in einer großen, plötzlich wirkenden Maßnahme unwälzend die gesamte bisherige Verwaltungstätigkeit umändern sollte, sondern vielmehr von vielen kleinen und größeren Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Verwaltungsapparates. Der Berichterstatter maße sich nicht an, in der kurzen Zeit, die er die Ehre habe, dieser Verwaltungsgruppe vorzustehen, genügend Kenntnisse erworben zu haben, um bereits sagen zu können, ob der eingeschlagene Weg richtig oder falsch war oder ob an Stelle dieser unentwegten Verbesserungen eine plötzliche Neuorganisation treten müßte. Er sei aber überzeugt, daß die Schaffung eines solchen Reformplanes nicht über Nacht möglich ist. Er habe daher die Absicht, so lange auf dem beschrittenen Weg der möglichen Verbesserungen fortzuschreiten, bis sich eine bessere Möglichkeit zeigen werde.

Abschließend dankt Stadtrat Sigmund allen Mitarbeitern seiner Verwaltungsgruppe und bittet den Gemeinderat, die Ansätze seiner Verwaltungsgruppe zu genehmigen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Personaldebatte

GR. Josef Doppler (WdU) anerkennt, daß der Bericht des Referenten sehr umfangreich und eingehend war, wobei in mühseliger Kleinarbeit alles zusammengetragen wurde. Es habe sich jedoch nicht um Ausführungen zum Voranschlag 1953 gehandelt, sondern es sei lediglich ein Tätigkeitsbericht der Verwaltungsgruppe über das abgelaufene Jahr gewesen. Aus dem Bericht habe sich eine Verringerung des Personalstandes um 285 Personen ergeben, die Zahl der Pensionisten habe eine Vermehrung um 91 Personen erfahren. Interessant sei ferner die Feststellung, daß die Personaltangente im kommenden Jahr 33.6 Prozent betragen wird, während sie im Voranschlag für 1952 noch mit 34.7 Prozent errechnet worden war. Es kommt dies also einer Verringerung der Personaltangente um 1.12 Prozent gleich. Eine solche verringerte Personaltangente sei vom fiskalischen Standpunkt aus sicher erstrebenswert, jedoch vom sozialen Standpunkt aus müsse das entschieden abgelehnt werden, noch dazu bei einer Gemeinde, die sich gern als der angestelltenfreundlichste Dienstgeber preisen läßt. Die Bediensteten selbst haben nicht mit Unrecht eine andere Meinung über diese soziale Einstellung. Man brauche nur an die Entlohnung der Gastärzte in den Spitälern der Gemeinde erinnern.

Vor kurzem habe sich in Wien eine außerordentliche Länderkonferenz der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit den stürmischen Gehaltsforderungen aller Beamtens Kategorien beschäftigt und vor allem die gesetzliche Regelung der Entniveellierung der Bezüge in kürzester Frist gefordert, wobei die erste und wesentliche Etappe bereits spätestens am 1. Juli 1953 flüssiggemacht werden soll. Hierüber habe man aber aus den Worten des Berichterstatters nichts vernommen.

Die Unabhängigen haben schon lange erkannt, daß die Entlohnung der öffentlich Bediensteten unzureichend sei und sie haben daher schon wiederholt im Parlament und im Gemeinderat eine sofortige Valorisierung jener Gehälter verlangt, die bisher eine Valorisierung von weniger als 4.2 Prozent erfahren haben.

Auch einem Forderungsprogramm der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten gegenüber habe sich die Gemeindeverwaltung nicht sehr zugänglich gezeigt.

Die Notwendigkeit der Schaffung von Lehrwerkstätten werde von allen Seiten anerkannt. Die Gemeindeverwaltung tue auf diesem Gebiet jedoch nichts, und zwar mit der Begründung, daß es sich hier um keine Personalangelegenheit handle. Der Redner bittet den Stadtrat, diese Angelegenheit nicht leichtfertig abzutun, sondern auch seitens der Gemeindeverwaltung zu trachten, in verstärktem Maße Jugendliche in Lehrwerkstätten unterzubringen.

Aus statistischen Darlegungen könne man entnehmen, daß der Beamtenkörper der Stadt Wien die höchste Überalterung von allen Beamtenkörpern aufweise. Dagegen werde der Nachwuchs sehr vernachlässigt. Der Anteil der Bediensteten bis zum 30. Lebensjahr betrage in Wien nur 18 Prozent, während er beispielsweise in Vorarlberg 42 Prozent betrage.

Es sei ein unmöglicher Zustand, daß man junge Beamte spazierengehen lasse und ihnen eine Pension auszahle, von der sie nicht leben können, sodaß sie gezwungen sind, eine andere Beschäftigung aufzunehmen und damit vielen bei den Arbeitsämtern vorgemerkten Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeiten wegnehmen.

GR. Doppler bezeichnet es als bedauerlich, daß heute bei der Gemeinde Wien noch Leute bedienstet sind, die ihren beruflichen Anforderungen nicht entsprechen. Diese Tatsache schein sogar in dem Bericht des Kontrollamtes auf. Der Redner bedauert, daß Stadtrat Sigmund im Budget seiner Verwaltungsgruppe in keiner Weise für eine Valorisierung der Beamtgehälter Vorsorge getroffen habe. Bezeichnend für die schlechte finanzielle Lage der städtischen Bediensteten sei die von Jahr zu Jahr steigende Gewährung von Darlehen. Einen Gegensatz hiezu bilden die ständig steigenden Ausgaben für den Personenkraftwagenbetrieb. Auch die notwendige Verwaltungsreform müßte endlich durchgeführt werden. Der Redner tritt sodann für die Einbeziehung aller Personen, die einen gnadenweisen Unterhaltsbeitrag oder Ruhegenuß von der Gemeinde Wien beziehen, in die Krankenfürsorgeanstalt ein, und ferner dafür, daß von den zwei jährlichen Sonderzahlungen keine Beiträge zur KFA abgezogen werden. Er nimmt sodann gegen die Behandlung jener Personengruppe Stellung, die 1945 und 1946 einen sogenannten Einsatz leisten mußte und der nun die Bezahlung wegen sogenannter Fristablauf verweigert wurde. Auch die Fälle der in denselben Jahren entlassenen Vertragsbediensteten bedürfen dringend einer

Regelung. Er bittet Stadtrat Sigmund auch um Aufklärung über den Begriff "untragbar", der bei Dienstzeitanrechnungen und vielem anderen gebraucht werde. Es konnte auch eine Benachteiligung der wiedereingestellten Bediensteten festgestellt werden, die früher als andere in den Ruhestand versetzt werden. Auch gegen die Terrorisierung der Beamten, der Sozialistischen Partei beizutreten, müsse entschieden Stellung genommen werden. Er bitte Stadtrat Sigmund diesem Punkte sein Augenmerk zuzuwenden. Der Redner erklärt, die von ihm aufgezeigten Dinge hindern seine Fraktion daran, dem Voranschlag die Zustimmung zu geben.

GR. Dr. Altmann (LBl.) bezeichnet die Senkung der Personalaufwendungen als eine sehr bedauerliche Tatsache. Es besteht kein Zweifel, daß die Gehälter und Bezüge der städtischen Bediensteten einer Revision bedürfen. In diesem Budget sei aber nicht die geringste Vorsorge auch nur für eine teilweise Erfüllung aller dieser Forderungen getroffen. Entweder dieses Budget wird auch von Ihnen nicht als reale Grundlage betrachtet, oder Sie glauben es zu ihrem Programm machen zu können, diese als berechnete anerkannten Forderungen ablehnen zu können. Ich glaube nicht, daß Ihnen das gelingen wird. Sie werden genötigt sein, mit Nachtragskrediten oder auf sonstige Weise die notwendige Revision im Laufe des Jahres 1953 vorzunehmen.

GR. Dr. Altmann stellt in diesem Zusammenhang mehrere Resolutionsanträge. In dem ersten wird darauf hingewiesen, daß die Gehälter und Ruhe- und Versorgungsgenüsse weit hinter den derzeitigen Preisen zurückgeblieben sind und nur einen Bruchteil des Realwertes der gleichartigen Bezüge in der Ersten Republik ausmachen und in vielen Fällen nicht ausreichen, den Lebensunterhalt des Beamten oder Pensionisten und seiner Familie zu decken. Der Gemeinderat möge daher alle zuständigen Stellen beauftragen, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die Valorisierung der Gehälter und Ruhe- und Versorgungsgenüsse im Laufe des Jahres 1953 durchgeführt werden kann.

Um bis zu der notwendigen Valorisierung zu sichern, daß wenigstens die dringendsten Bedürfnisse befriedigt werden können, sieht ein zweiter Antrag vor, unverzüglich eine Erhöhung aller Bezüge um mindestens 200 Schilling im Monat vorzunehmen. In einem weiteren Antrag wird die Forderung nach einem 14. Monatsbezug erhoben und schließlich in einem vierten Antrag die Forderung auf Regelung der Beamtenentschädigung für die Beamten und Vertragsbediensteten der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen ausgesprochen.

Der Redner verweist darauf, daß es außerdem noch eine Reihe von sehr wichtigen und berücksichtigungswürdigen einzelnen Forderungen verschiedener Beamtengruppen gibt, so bei der Feuerwehr, den Fürsorgerinnen und den Amtsvormündern. Darum und um sich mit allen in der Debatte zum Voranschlag aufgeworfenen Fragen der Personalverwaltung eingehend und rasch zu befassen, schlägt ein weiterer Antrag vor, daß der Gemeinderatsausschuß für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform in den Monaten Jänner und Februar 1953 alle diese Forderungen eingehend behandeln und die notwendigen Anträge stellen möge.

Der Redner nahm darauf zu der Frage der Existenzsicherung der Dienstnehmer Stellung. Diese Frage, so sagte er, ist durchaus nicht so geregelt, wie es bei einem sozialen Dienstgeber sein sollte. Das automatische Definitivum tritt erst mit 1. August 1953, also erst in mehr als sieben Monaten in Kraft. In dieser Zeit kann noch sehr viel geschehen und ist offenbar sehr viel beabsichtigt, was nicht als sozial bezeichnet werden kann. Es gibt eine ganze Reihe von Kündigungsfällen, bei denen Bedienstete nunmehr nach einer neuerlichen Untersuchung hinausgeworfen werden, weil sie vielleicht durch ein unter Umständen sogar im Dienst zugezogenes Leiden in 5 oder 10 Jahren dienstunfähig sein werden. Der Redner bezeichnete diese Vorgangsweise als eine Schande und stellt einen Antrag, nach dem Personalverminderungen grundsätzlich nur dadurch erfolgen sollen, daß Beamte, die das 60. Lebensjahr überschritten haben, in den dauernden Ruhestand versetzt werden.

16. Dezember 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2054

Besonders wendet sich der Antrag gegen alle Abbaumaßnahmen die "die Vernichtung der Existenz von Beamten oder Vertragsbediensteten zur Folge haben", soweit nicht ein Verschulden festgestellt wurde, das die Kündigung rechtfertigt.

Abschließend sagt Dr. Altmann, daß hier im Gemeinderat schon von der stets wachsenden Arbeitslosigkeit gesprochen wurde. Dem muß eine positive Politik des sozialen Fortschrittes entgegengestellt werden, die gleichzeitig wirtschaftlichen Aufschwung sichert. Weil aber das vorliegende Budget keinen Fortschritt enthält, könne der Linksblock nicht dafür stimmen.

Kurz nach 20 Uhr unterbricht der Vorsitzende GR.Dr. Ing. Hengl die Beratungen, die morgen, Mittwoch, um 9 Uhr früh, fortgesetzt werden. Als erster Redner spricht morgen in Fortsetzung der Personal-Debatte GR.Dr. Freytag (ÖVP).

Schweinehauptmarkt vom 16. Dezember

=====

16. Dezember (RK) Neuzufuhren: 6.224. Verkauft wurde alles. In der Kontumazanlage 376 Schweine.

Bei anfangs lebhaftem, später ruhigem Marktverkehr verteuerte sich der Schlachtgewichtspreis bei prima Qualität um 30 Groschen und bei mittlerer und mänderer Qualität um 20 bis 30 Groschen.